

ARBEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

RECHTSEXTREME PARTEIEN UND SOZIALER DIALOG

Herausforderungen für Gewerkschaften in
Frankreich, Schweden, Italien und Deutschland

**Samuel Greef, Alain Olive, Jean-Marie Pernot,
Johan Sjölander, Emanuele Toscano**
Mai 2022



Den rechtspopulistischen Parteien in Europa ist es mittlerweile gelungen, sich im politischen System zu etablieren. Dabei finden sie ihre Wählerschaft zu einem bedeutenden Anteil in der Arbeiterschaft.



In zunehmendem Maße integrieren die Rechtspopulisten soziale Vorschläge in ihre Programme, verbinden diese jedoch oft mit reaktionären und ausländerfeindlichen Positionen.



Auch wenn sie sich nicht offen gegen den sozialen Dialog wenden, sehen sie in ihm kein notwendiges Instrument zur Lösung sozialer Probleme.

RECHTSEXTREME PARTEIEN UND SOZIALER DIALOG

Herausforderungen für Gewerkschaften in Frankreich, Schweden, Italien und Deutschland



Den rechtspopulistischen Parteien in Europa ist es mittlerweile gelungen, sich fest im politischen System zu etablieren. In vielen Ländern haben sie insbesondere in den gesellschaftlichen Milieus Resonanz gefunden, die von wachsender Ungleichheit, wirtschaftlicher Not und Prekarität betroffen sind. Ihre Wählerschaft finden sie inzwischen zu einem bedeutenden Anteil bei einfachen Angestellten und in der Arbeiterschaft.



In zunehmendem Maße integrieren die Rechtspopulisten auch soziale Vorschläge in ihre Programme. Diese sind jedoch oft mit ihren sonstigen reaktionären und ausländerfeindlichen Positionen verbunden oder stehen im Widerspruch zu diesen. Damit stehen sie im Widerspruch zur humanistischen Tradition der europäischen Gewerkschaften.



Auch wenn sie sich nicht offen gegen den sozialen Dialog wenden, sehen sie in ihm kein notwendiges Instrument zur Lösung sozialer Probleme. Im Grunde interessieren sich nur sehr wenig für Themen wie Sozialpartnerschaft und deren Funktionsweise, die Vertretung von Arbeitnehmenden oder den Austausch und die Schlichtung im Rahmen betrieblicher Mitbestimmung. In einer Weltordnung, die auf einem starken autoritären Staat beruht, findet all das keinen Anklang.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:

www.fesparis.org

ARBEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

RECHTSEXTREME PARTEIEN UND SOZIALER DIALOG

Herausforderungen für Gewerkschaften in
Frankreich, Schweden, Italien und Deutschland

INHALT

VORWORT	2
DIE POSITION DER EXTREMEN RECHTEN ZUM SOZIALEN DIALOG IN FRANKREICH Eine gewerkschaftliche Perspektive <i>Alain Olive</i>	3
RECHTSPOPULISMUS UND GEWERKSCHAFTEN IN DEUTSCHLAND Was ist die Position der AfD zum sozialen Dialog? <i>Samuel Greef</i>	8
RECHTSPOPULISMUS UND GEWERKSCHAFTEN IN SCHWEDEN Nur eine Frage der Zeit? <i>Johan Sjölander</i>	12
RECHTSPOPULISMUS UND GEWERKSCHAFTEN IN ITALIEN Welche Positionen vertreten <i>Lega</i> und <i>Fratelli d'Italia</i> zum sozialen Dialog? <i>Emanuele Toscano</i>	16
DIE EXTREME RECHTE UND DIE SOZIALPARTNERSCHAFT IN FRANKREICH Lügen und Halbwahrheiten <i>Jean-Marie Pernot</i>	20

VORWORT

Die extreme Rechte ist in Europa auf dem Vormarsch. Ob es sich um das Rassemblement National und Eric Zemmour in Frankreich, die AfD in Deutschland, Vox in Spanien, die Lega in Italien oder Chega in Portugal handelt – Parteien, die auf der Diskriminierung von Ausländern, der Ablehnung von Einwanderung und einer sicherheitsfixierten Gesellschaftsauffassung aufbauen, haben sich mittlerweile fest im politischen System etabliert und träumen davon, gemeinsam in Europa zu regieren. Da die extreme Rechte die rationalistische, universalistische und humanistische Tradition unserer Gesellschaften in Frage stellt, ist sie eine Gefahr für die europäische Demokratie. Trotz dieser Bedrohung muss man feststellen, dass sie bei Angestellten und der Arbeiter_innenklasse ein großes und wachsendes Publikum findet. Worauf beruht dieser Erfolg? Was wissen wir über das Programm der extremen Rechten in Bezug auf Arbeit und soziale Demokratie? Welche Auswirkungen hätte es auf die sozialen Rechte seiner Wähler_innen? Im Hinblick auf die französischen Präsidentschaftswahlen erschien es uns dringend notwendig, uns mit diesem blinden Fleck in der Forschung und der öffentlichen Debatte zu befassen, um zu zeigen, dass sich die Arbeitnehmer_innen in Wirklichkeit darauf vorbereiten, gegen ihre eigenen Interessen zu stimmen, wenn sie der extremen Rechten ihre Stimme geben. Mit den folgenden Beiträgen wollen das Observatoire für sozialen Dialog der Jean-Jaurès-Stiftung und das Pariser Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung aufzeigen, was ein von Rechtsextremen regiertes Frankreich, Deutschland und Europa für die Arbeitnehmer_innenrechte, die Gewerkschaftsarbeit und den sozialen Dialog bedeuten würden.

DIE POSITION DER EXTREMEN RECHTEN ZUM SOZIALEN DIALOG IN FRANKREICH

Eine gewerkschaftliche Perspektive

Alain Olive

Im Vorfeld der französischen Präsidentschaftswahl sind die Programme der Regierungsparteien – sowohl des linken als auch des rechten Spektrums – zu sozialen Fragen bekannt; dies gilt auch für die derzeitige Mehrheitspartei *La République en Marche* (LREM). Alle diese Parteien haben während ihrer Regierungszeit ihre eigenen Vorstellungen von sozialer Demokratie und sozialem Dialog umgesetzt; und diese bewegten sich stets in einem republikanischen und demokratischen Rahmen. In Bezug auf die rechtsextreme Partei *Rassemblement National* (RN), die bisher noch keine Regierungsmehrheit gestellt hat, deren Kandidat_in es aber bereits zweimal in den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl geschafft hat, sind diese Fragen noch offen.

Was ist kurz vor der Präsidentschaftswahl 2022 tatsächlich über das Programm von Marine Le Pen, die zu den Favorit_innen zählt, und ihrer Partei zu sozialen Beziehungen und sozialem Dialog bekannt? Welchen Platz will der RN den Sozialpartnern bei der Klärung sozialer Fragen einräumen? Welche Vorstellung hat die Partei von sozialer Demokratie und gewerkschaftlicher Vertretung?

SOZIALE DEMOKRATIE UND DIE EXTREMEN RECHTEN

Zu diesen Fragen liegen nur sehr wenige Veröffentlichungen vor – das Thema befindet sich sozusagen im toten Winkel der Recherchen zum RN. Die wenigen existierenden Studien hierzu sind bereits recht alt und Informationen aus erster Hand rar. Die wenigen auffindbaren Stellungnahmen zeugen allesamt von Verachtung für die Gewerkschaften. Da Louis Aliot, Vorsitzender des *Club Idées Nation* und Nummer zwei der Front National¹, im *Maison de l'Amérique Latine* in Paris ein Kolloquium zum Thema »Die notwendige Reform der gewerkschaftlichen Vertretung und der Entwicklung der Berufsverbände in Frankreich« organisiert hat, bestand zunächst die Hoffnung auf konkretere Informationen zum Verhältnis des RN zu den Gewerkschaften. Leider ist über dieses Kolloquium nichts bekannt; bis heute sind keine Informationen dazu zu finden. Die Frage stellt sich, ob dies aus profundem Desinteresse für diese Themen der Fall ist, die

bei den Wähler_innen wenig beliebt sind, aus notorischer Inkompetenz hinsichtlich dieser Themen oder ob hier eine Art Verschleierung erfolgt. Vielleicht von allem etwas. Jean-Yves Camus, renommierter Experte für die extreme Rechte, meint hierzu: »Für diese politische Familie ist jede Form von Wissenschaftlichkeit limitierend, gesunder Menschenverstand reicht völlig!«

Unserer Meinung nach genügt der Appell an den gesunden Menschenverstand jedoch nicht. Vielmehr muss das wenige verfügbare Material genutzt werden, um die Abgründe der Partei auszuleuchten, die von der Ideologie der extremen Rechten komplett durchdrungen ist.

Seit ihrer Gründung im Jahr 1972 hat die Partei, die heute *Rassemblement National* heißt, ihr Programm um ein Zweigespann aus den Themen Sicherheit und Einwanderung geformt. Dass sie einen extrem wirtschaftsliberalen Kurs verfolgte, der im Widerspruch zur Anprangerung der wirtschaftlichen Öffnung und der Globalisierung als Quelle von Migrationsströmen stand, war nicht von Belang. Problemen wie Arbeitslosigkeit, Kaufkraft, Renten oder soziale Beziehungen maßen ihre damaligen Wähler_innen keine Priorität bei. Abgesehen von einem Vorstoß in den 1990er-Jahren wagt sich die Partei erst seit Kurzem an soziale Fragen heran. Dies liegt vor allem daran, dass zunehmend Wähler_innen aus einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten zu ihren Anhänger_innen geworden sind. Dabei ist jedoch zu beobachten, wie sich der RN unter Marine Le Pen unter dem Deckmantel einer Art Respektabilität auch weiterhin bestimmter Themen bedient, die bereits ihrem Vater Jean-Marie Le Pen am Herzen lagen – insbesondere einer enormen Feindseligkeit gegenüber den Gewerkschaften und der Gewerkschaftsbewegung. Die vorliegende Studie, welche die Verachtung der extremen Rechten gegenüber der sozialen Demokratie – und damit der Demokratie schlechthin – nachweist, ist somit als Mittel im Kampf gegen alle rechtsextremen Bewegungen gemeint – nicht nur in Frankreich, sondern in ganz Europa.

¹ *Front National* (FN) war der Name der Partei vor der Namensänderung in *Rassemblement National*, die im Jahr 2018 von Marine Le Pen durchgeführt wurde.

ANTISOZIALE DISKRIMINIERUNGSPOLITIK UNVEREINBAR MIT DEN GEWERKSCHAFTEN

Das Wirken aller französischen Gewerkschaftsorganisationen beruht auf einem humanistischen Menschenbild. Der Kampf gegen Ausgrenzung und Diskriminierung gehört für die Gewerkschaften zu den Grundlagen ihres Selbstverständnisses. Bereits im Jahr 2011 veröffentlichten fünf Organisationen einen gemeinsamen Text unter dem Titel *Nationale Präferenz und Gewerkschaftswesen sind unvereinbar*². Hat die vermeintlich neue Ideologie des RN von Marine Le Pen daran etwas geändert? Die Antwort lautet: Nein. Auch der Griff Marine Le Pens zu neuen politischen Schlagwörtern, im verzweifelten Versuch der extremen Rechten ihren Schrecken zu nehmen, ändert an dieser Tatsache nichts.

Mit dem neuen Sprachrepertoire des RN werden drei Ziele verfolgt: Erstens will Le Pen, zumindest rhetorisch, mit dem gewalttätigen Image brechen, das den Aktivist_innen des RN anhaftete. Es geht darum, die extreme Rechte aus dem politischen Abseits zu holen, in das sie seit den (insbesondere antisemitischen) Ausfällen ihres Vaters Jean-Marie Le Pen geraten war.

Zweitens sollen die Grenzen zwischen Rechtsextremen, Konservativen und sogar einem Teil der Linken verwischt werden, um ideologische Übergänge zwischen diesen zu schaffen, aus denen zu gegebener Zeit Wahlbündnisse entstehen könnten. So kandidierten bei den letzten Kantonal- und Regionalwahlen bestimmte Kandidat_innen der konservativen Partei *Les Républicains* sowie Mitglieder einer linken Partei für die RN. Einige Gewerkschaftsführer_innen sind diesen Schritt ebenfalls gegangen. Derartige Abwerbungen bleiben zwar Ausnahmen, dennoch möchte der RN mit der Zeit den Beispielen Italiens und Österreichs folgen, wo es der extremen Rechten möglich geworden ist, gemeinsam mit den Konservativen zu regieren.

Drittens bedient sich der RN wirtschaftlicher und sozialer Fragen, um einen großen Teil der einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten anzuziehen. Dies führt dazu, dass zahlreiche Arbeiter_innen Le Pen wählen – ein Phänomen, das von einigen Autor_innen als »Lepenisierung der Arbeiterklasse« bezeichnet wird.

Um diesem politischen Sprachgebrauch nicht aufzusitzen, muss nachgewiesen werden, dass dem überarbeiteten Diskurs keine grundlegende Veränderung der Ansichten des RN zugrunde liegen.

Beim RN handelt es sich um eine rein nationalistische Partei, deren Verständnis der französischen Staatsangehörigkeit im Wesentlichen auf ethnischen Kriterien beruht. Als Beleg können unter anderem die 144 Wahlversprechen³ Marine Le

Pens für die Präsidentschaftskampagne 2017 herangezogen werden, die für die Präsidentschaftswahl 2022 erneut bekräftigt wurden. Die Vorschläge aus dem Jahr 2017 – die nach wie vor auf der Webseite des RN zu finden sind – verlieren durch diejenigen, die 2022 im Forderungskatalog⁴ der Partei stehen, ja nicht an Gültigkeit.

Am verhängnisvollsten und aussagekräftigsten ist Vorschlag 27 aus dem Jahr 2017: »Abschaffung des Geburtsortsprinzips – die französische Staatsangehörigkeit kann nur noch durch Abstammung oder Einbürgerung erworben werden, wobei für die Einbürgerung strengere Bedingungen gelten sollen.«⁵ Dieser Vorschlag will das Geburtsortsprinzip durch das Abstammungsprinzip ersetzen. Das stellt die rationalistische, universalistische und humanistische Tradition der französischen Staatsbürgerschaft infrage. Durch das Geburtsortsprinzip wird die französische Staatsangehörigkeit durch freien Willen erworben. Das Abstammungsprinzip schreibt hingegen eine Alternative zur humanistischen Sichtweise fest und bedient sich dabei einer Theorie der extremen Rechten. In dieser Hinsicht unterscheidet sich der RN eindeutig von allen anderen politischen Parteien in Frankreich, einschließlich der linksextremen Parteien.

Ein weiterer Vorstoß der RN zeigt, dass die Ansichten der Partei im Widerspruch zu den Grundwerten der Republik stehen. Es handelt sich um den Vorschlag 92, der die Diskriminierung ausländischer Bürger_innen einführen will, unabhängig davon, ob diese erwerbstätig sind oder nicht, das heißt »die französische Staatsbürgerschaft durch Festbeschreibung der nationalen Priorität zum Privileg für alle Französischen und Franzosen zu machen«. Hiermit will der RN die Diskriminierung zum Grundwert der Republik erheben. Die nationale Priorität widerspricht nicht nur der aktuellen französischen Verfassung, für die das Prinzip der Gleichheit aller Bürger_innen die Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenlebens ist, sondern auch allen europäischen Gesetzen. Die ersten, auf welche die Einführung der nationalen Priorität abzielt, die nur Bürger_innen französischer Abstammung zuerkannt wird, sind natürlich die Ausländer_innen, besonders die ausländischen Arbeitnehmer_innen. Das ist für uns inakzeptabel.

Dieser Vorschlag findet sich auch in »Maßnahme 41« des Programms für 2022 wieder: »Schaffung der Möglichkeit, auf die nationale Priorität zurückzugreifen.« Des Weiteren sieht die »Maßnahme 42« des Programms für 2022 vor, »für Ausländer_innen, die auf dem französischen Staatsgebiet eintreffen, eine Karenzzeit einzuführen, bevor sie von kostenlosen öffentlichen Leistungen und Sozialhilfe profitieren können.«

Es gibt zahlreiche Abwandlungen dieses Vorschlags 92, die den Zusammenhalt der französischen Nation bedrohen:

² Original: *La préférence nationale n'est pas compatible avec le syndicalisme*.

³ Rassemblement National (2017): *Marine 2017. 144 engagements présidentiels*, <https://rassemblementnational.fr/pdf/144-engagements.pdf>.

⁴ Marine Le Pen (2022): »22 Mesures pour 2022«, in: *M la France*, <https://mlafrance.fr/programme>.

⁵ Maßnahme 9 des Programms 2022 der Broschüre *Cahier d'Actions Asile, immigration* (Maßnahmenkatalog Asyl, Immigration).

- Vorschlag 38: »Einführung einer zusätzlichen Steuer auf die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer_innen, um die nationale Priorität für französische Staatsbürger_innen auf dem Arbeitsmarkt zu gewährleisten.«
- Vorschlag 55: »Umsetzung einer echten Geburtenpolitik, die französischen Familien vorbehalten ist.«
- Vorschlag 58: »Aufwertung der Mindestrente überall in Frankreich, einschließlich in den Überseedepartements. Voraussetzung für den Bezug der Mindestrente soll die französische Staatsangehörigkeit oder der Hauptwohnsitz in Frankreich seit mindestens 20 Jahren sein. Dank dieser Maßnahmen könnten gleichzeitig niedrige Renten erhöht werden.«
- Vorschlag 66: »Heraufsetzen des Numerus clausus für den Zugang zum Medizinstudium, damit weniger ausländische Ärzt_innen benötigt werden.«
- Vorschlag 71: »Erzielung von Einsparungen durch die Abschaffung der staatlichen medizinischen Hilfe für illegale Ausländer_innen.«
- Vorschlag 142: »Vergabe von Sozialwohnungen prioritär an französische Staatsbürger_innen.« Die Fortsetzung dieses Vorschlags ist die Maßnahme 33 des Programms für die Vorstädte aus dem Jahr 2022: »Einführung einer Politik der nationalen Priorität für den Zugang zu Wohnraum für Mieter_innen oder Eigentümer_innen.«

RASSEMBLEMENT NATIONAL GEGEN DIE GEWERKSCHAFTEN

Die RN hat sich in sämtlichen Erklärungen gegen die Gewerkschaften ausgesprochen und macht sich seit jeher für die Arbeitgeberschaft stark. Noch nie hat die Partei die Gewerkschaftsbewegung als Faktor für Fortschritt und soziale Demokratie betrachtet und stets alle Gewerkschaftsbewegungen verurteilt. Diese Position stammt noch aus der Zeit von Jean-Marie Le Pen, dessen Politik auf seiner reaktionären Sicht auf soziale Beziehungen beruhte und für den die Gewerkschaften lediglich ein Störfaktor waren, der unterdrückt werden musste.

Zu den Quellen dieser Ideologie zählt das Gesetz über die soziale Organisation der Berufe, die sogenannte Arbeitscharta (*Charte du Travail*). Diese wurde am 4. Oktober 1941 in Frankreich unter deutscher Besatzung von der Kollaborationsregierung des Vichy-Regimes erlassen, die von Henri Philippe Pétain geleitet wurde. Ziel dieses Gesetzes war es, der Konfrontationslogik, die seit Anfang des 19. Jahrhunderts die sozialen Beziehungen in Frankreich kennzeichnete, ein Ende zu setzen und »das alte System des Klassenkampfes ein für alle Mal zu beenden«. Diese Wunschvorstellung von einer konfliktfreien Gesellschaft sollte mithilfe autoritärer Maßnahmen erreicht werden: der Auflösung sämtlicher Arbeitervereinigungen, der Abschaffung des Rechts auf Streik, der

Entpolitisierung der Gewerkschaften durch die Ausschaltung kommunistischer Aktivist_innen und der Befürwortung der Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit der Arbeitgeberschaft. Eindeutig wurde mit dieser Charta das Ziel verfolgt, die Gewerkschaften zum Schweigen zu bringen und sie daran zu hindern, auf nationaler Ebene ein berufsübergreifendes Gewerkschaftsprojekt zu entwickeln.

Diese Idee der »gezähmten« Gewerkschaften, wie sie durch die Arbeitscharta erreicht werden sollte, kennzeichnet heute die Vorschläge der RN zum Gewerkschaftswesen sowie die Erklärungen eines Teils der Verantwortlichen der Partei. In einer Stellungnahme vom 20. Mai 2020 bringt Thibaut de La Tonnay, Mitglied des politischen Vorstands der RN, seine Abscheu gegenüber den Gewerkschaften zum Ausdruck:

»Es ist zu spüren, dass die Französisinnen und Franzosen nicht länger gewillt sind, die tyrannischen Methoden von Gewerkschaften wie der CGT⁶ zu akzeptieren.«

»Die große Mehrheit der mediatisierten Gewerkschaften profitiert umfassend vom System, das ihnen Subventionen und Reichtümer einbringt. Häufig ist Korruption im Spiel.«

»Nie äußern sie sich zur Politik der massiven Immigration, die einen Rückgang der Löhne bewirkt, zur Europäischen Union, die große Teile unserer Branchen zerstört [...]. In Wirklichkeit interessiert sie die Welt der Arbeit, der Unternehmen und der Arbeitnehmer nicht im Geringsten.«

Für Marine Le Pen selbst sind die reformistischen Gewerkschaften die nützlichen Idioten des Macronismus. Für deren vollständige Ausrottung müsste ihrer Meinung nach auch der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrat (Conseil Économique Social et Environnemental, CESE) aufgelöst werden. Der CESE ist die dritte verfassungsgebende Versammlung Frankreichs und besteht aus der Arbeitgeberschaft, den Gewerkschaften sowie den Verbänden. Er hat im Gesetzgebungsprozess eine beratende Funktion und sorgt dafür, dass die Berufsverbände auf nationaler Ebene repräsentiert sind. Aus Sicht von Marine Le Pen ist der CESE nutzlos und ermöglicht es lediglich, befreundeten Personen interessante Stellen zuzuspielen. Auch hier drängt sich der Vergleich mit Pétain und seiner Regierung auf, der den damaligen Wirtschafts- und Sozialrat, den er als Symbol der republikanischen Kultur betrachtete, auflöste.

DIE »GEWERKSCHAFTSFREIHEIT« ALS GEWERKSCHAFTSFEINDLICHE STRATEGIE DER RN

Marine Le Pen erklärt in ihren Stellungnahmen zum sozialen Dialog – selbst in den aktuellsten –, dass sie für die »Gewerkschaftsfreiheit« sei. Diese Position findet man auch im Vorschlag Nr. 10 ihrer 144 Wahlversprechen von 2017: »Einführung einer echten Gewerkschaftsfreiheit durch Ab-

⁶ Confédération générale du travail (Allgemeiner Gewerkschaftsbund).

schaffung des Vertretungsmonopols und verantwortungsbewusstere Gestaltung des Gewerkschaftslebens durch die öffentliche Kontrolle der Finanzierung der Gewerkschaften.«

Der Vorschlag des RN bezieht sich auf das französische System der Mitarbeitervertretung in Unternehmen und auf die Rolle der Gewerkschaften in diesen. In Frankreich ist der erste Wahlgang bei den Wahlen der Mitarbeitervertretung Listen vorbehalten, die von den repräsentativen, demokratischen Gewerkschaftsorganisationen gebildet werden. Die Gewerkschaften verfügen somit über ein »Monopol« bei der Aufstellung dieser Listen. Sie bestehen zwar aus Mitarbeiter_innen des Unternehmens, können sich aber nicht unabhängig zur Wahl stellen und müssen Mitglieder der Gewerkschaften sein. Mitarbeiter_innen, die nicht Mitglied einer Gewerkschaft sind, können nur kandidieren, falls es zu einem zweiten Wahlgang kommt. Um als Sozialpartner anerkannt zu werden und Vereinbarungen mit den Arbeitgebenden auszuhandeln, müssen die im Unternehmen gewählten Listen darüber hinaus mindestens zehn Prozent der Stimmen erhalten.

Aus Sicht von Marine Le Pen ist der Aufruf zur »Gewerkschaftsfreiheit« also als Möglichkeit zu verstehen, dass sich bei den Wahlen von Mitarbeitervertretungen beliebige Gewerkschaften frei zur Wahl stellen können. Somit könnten unternehmensinterne Gewerkschaften gegründet werden, die zur Schwächung der repräsentativen Gewerkschaften führen würden. Das von Marine Le Pen angeprangerte Repräsentationsmonopol existiert aber tatsächlich nicht; es gibt, wie beschrieben, lediglich ein Monopol der Gewerkschaften für die Aufstellung von Listen für den ersten Wahlgang. Des Weiteren müssen die Gewerkschaften bestimmte Kriterien erfüllen, unter anderem müssen sie etwa die republikanischen Werte respektieren und unabhängig sein. Die öffentliche Kontrolle der gewerkschaftlichen Finanzen existiert darüber hinaus bereits.

Obwohl man sich über eine derartige Inkompetenz seitens des RN nur wundern kann, darf man die Gefahr nicht unterschätzen, die von diesen Vorschlägen ausgeht. Damit wird klar das Ziel verfolgt, das gesamte Wertesystem zu unterminieren, auf dem das französische Gewerkschaftssystem derzeit basiert. Durch die Änderung der existierenden Regeln zur gewerkschaftlichen Vertretung würde der RN die vorhandenen Organisationen schwächen. An ihre Stelle würden unzählige unternehmensspezifische Gewerkschaften treten, die keine Kriterien erfüllen müssten, um bei den Wahlen der Mitarbeitervertretungen in den Unternehmen zu kandidieren. Welche Folgen das hätte, kann man sich vorstellen: die Gründung unternehmenseigener Gewerkschaften durch Arbeitgebende, der Verlust des Interesses an kollektiven Verhandlungen, die Außerkraftsetzung von Branchenvereinbarungen und die Infragestellung jeglicher Art von Mitbestimmung.

Dieses Ziel verfolgt Thibaut de La Tournay eindeutig in seiner Stellungnahme vom 20. Mai 2020: Wir müssen »die Entstehung neuer Gewerkschaften zulassen. Natürlich könnten bestimmte, bereits existierende Gewerkschaften bestätigt

werden, aber auf der Basis von echter Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit.«

»Die erste patriotische Regierung, die im Jahr 2022 nach der Wahl von Marine Le Pen zur Präsidentin wieder einen echten sozialen Dialog einführen und das Entstehen von Gewerkschaften fördern will – Gewerkschaften, die wirklich alle Mitarbeitenden, Angestellten und Arbeitgebenden sämtlicher Sektoren und aller Arten von Unternehmen des öffentlichen und privaten Sektors repräsentieren – muss zu Beginn der Legislaturperiode schnellstmöglich den Anteil der mindestens erforderlichen Wählerstimmen auf drei Prozent oder sogar ein Prozent senken. Das Ziel ist die Gründung neuer Gewerkschaften. Parallel hierzu muss die Gelegenheit genutzt werden, die Branchen zu erneuern, zu verschlanken und zu modernisieren.«

Auch die Gewerkschaften des französischen Bildungssystems sind eine beliebte Zielscheibe. So äußert sich Alain Avello, Vorsitzender der patriotischen Lehrervereinigung *Collectif Racine*: »Die Gewerkschaften des Schulwesens FSU⁷, CGT und UNSA⁸ dürfen die ideologische Kontrolle, die sie über den Lehrberuf ausüben, nicht länger behalten. Sie stehen dem Patriotismus in der Schule im Wege und üben Verrat an der republikanischen Schule.«

Aus allem Vorstehenden ergibt sich eine klare Botschaft: Die existierenden Gewerkschaften müssen abgeschafft und durch neue ersetzt werden, die besser mit den Werten des RN übereinstimmen. Die Partei hat sogar bereits versucht, Gewerkschaften zu etablieren, die ihren Vorstellungen entsprechen. Nach den Parlamentswahlen im Jahr 1986 (bei denen sie 35 Sitze in der Nationalversammlung erhielt) leitete die damals noch unter *Front National* firmierende Partei auf Initiative von Bruno Mégret ihre erste »soziale Wende« ein und beschloss, sich an die »arbeitende Bevölkerung« zu wenden. Es wurde versucht, FN-Gewerkschaften bei der Polizei, im Strafvollzug, im Transport- und im Schulwesen zu gründen, die sich durchweg als Misserfolge erwiesen. Nach der Gründung der Polizeigewerkschaft *Front National de la Police* (FNP) durch die FN bezog der französische Kassationsgerichtshof im Jahr 1998 eine grundlegende Position: Er erklärte Gewerkschaften für illegal, wenn sie als Instrumente einer politischen Partei betrachtet werden können, die sich für die Unterscheidung zwischen Menschen aufgrund deren Rasse, Hautfarbe, Abstammung oder nationaler oder ethnischer Herkunft ausspricht. Dieser Erlass hat den Vorteil, dass er die Einhaltung dieses Prinzips zur Voraussetzung für die Legalität der Gründung einer Gewerkschaft macht, nicht nur für deren Repräsentativität, für die es andere Kriterien gibt, wie z. B. die Wählerschaft oder die Transparenz ihrer Finanzen.

⁷ *Fédération Syndicale Unitaire* (Vereinigter Gewerkschaftsbund).

⁸ *Union Nationale des Syndicats Autonomes* (Nationale Union der Autonomen Gewerkschaften).

SCHLUSSFOLGERUNG

Der Misserfolg bei der Gründung eigener Gewerkschaften hat dem RN jegliche Motivation genommen, auf diesem Gebiet weiterhin aktiv zu werden. Da auch die Versuche erfolglos waren, bestimmte Organisationen zu unterwandern, bleibt nur noch die Abwerbung von Gewerkschaftsaktivist_innen wie bei den Regional- und Départementswahlen im Jahr 2021. Trotz der misslungenen Versuche, im Gewerkschaftsmilieu Fuß zu fassen, darf nicht vergessen werden, dass zahlreiche Wähler_innen des RN aus den einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten stammen – und zwar bei allen Wahlen. Ein Zeichen für die zunehmende Beliebtheit der Partei in der Arbeiterklasse während der letzten Jahrzehnte ist, dass der RN neben Einwanderung und Sicherheit auch vermeintlich soziale Vorschläge in sein Programm aufgenommen hat, z. B. den Rentenbeginn ab 60 Jahren oder die Erhöhung der Indexwerte, die als Grundlage für die Berechnung der Bezüge französischer Beamt_innen dienen. Diese Vorschläge sind im Programm für die Präsidentschaftswahl 2022 zu finden. Die Überlegungen von Marine Le Pen und ihrer Partei zu sozialen Einrichtungen, sozialer Regulierung und dem sozialen Dialog sowie zum Platz der Gewerkschaften und deren Repräsentation sind unterdessen durch ihre reaktionäre Sicht der sozialen Beziehungen begrenzt. Kurz gesagt wird eine Zählung des französischen Gewerkschaftssystems angestrebt, dem jede Fähigkeit genommen werden soll, sich zum Gemeinwesen zu äußern. Der RN stellt demnach eindeutig eine Gefahr für die soziale Demokratie und somit auch für die Demokratie als solche dar.

RECHTSPOPULISMUS UND GEWERKSCHAFTEN IN DEUTSCHLAND

Was ist die Position der AfD zum sozialen Dialog?

Samuel Greef

Die Frage nach den Positionen der Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) zu Arbeitsbeziehungen und Sozialpartnerschaft sowie ihrem Verhältnis zu Gewerkschaften und Beschäftigten stellt sich nicht aufgrund einer möglichen Umsetzung. Eine Regierungsbeteiligung liegt »in weiter Ferne«, da die anderen Parteien nicht mit der AfD zusammenarbeiten (Decker/ Ruhose 2021: 135). Gleichzeitig nehmen jedoch Bezugnahmen auf Beschäftigteninteressen sowie Aktivitäten gegenüber Gewerkschaften und Betriebsräte auf AfD-Seite zu. Hierbei spielen zwei Dimensionen eine Rolle: das Wähler_innenpotenzial unter Beschäftigten und das Bestreben, die Partei stärker zivilgesellschaftlich zu verankern (AfD 2019: 10, 37). Aus dieser Perspektive wird die Frage zentral, wie sich die AfD zum sozialen Dialog positioniert und ob sie ein an Beschäftigteninteressen orientiertes Programm bietet.

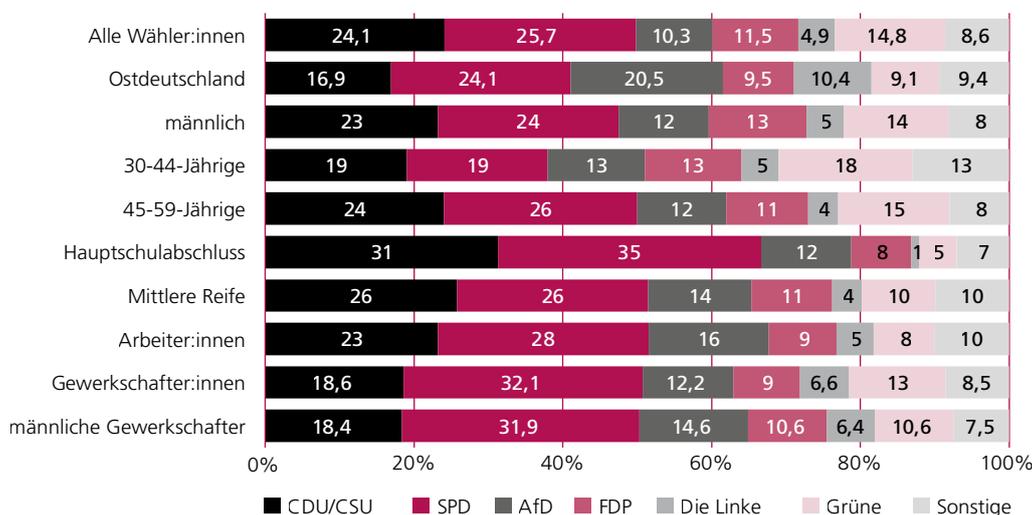
WÄHLER_INNEN UND POLITISCHES PROFIL

Die AfD ist eine völkisch-nationalistische, in weiten Teilen rechtsextremistische Partei (Häusler/ Roeser 2021: 5). Sie ist im deutschen Bundestag und in allen Landesparlamenten vertreten. Bei der Bundestagswahl 2021 kam sie auf 10,3 %.

Überproportional gewählt wurde sie von Männern, 30- bis 59-Jährigen sowie Wähler_innen mit Hauptschul- oder Real- schulabschluss. Unter Beschäftigten konnte sie bei Arbeiter_innen, der am stärksten gewerkschaftlich organisierten Gruppe, punkten. Tatsächlich schnitt die AfD bei Gewerkschaftsmitgliedern um 1,9 Prozentpunkte besser ab als im Durchschnitt (s. Abb. 1). Insgesamt ist die Partei aber an viele Gruppen anschlussfähig – es handelt sich nicht per se um sozial Abgehängte oder Modernisierungsverlierer_innen – die »ein wesentlich höheres Unzufriedenheitsniveau« und »eine größere Nähe zu rechtsextremen Überzeugungen« eint (Decker 2021: 41).

Dies passt zur Entwicklung der AfD, die Bernd Lucke 2013 im Kontext der Finanzkrise als Euro-/ EU-kritische, national-konservative und wirtschaftsliberale Partei gründete. Bereits damals wies sie rechtspopulistische Züge auf (Elitenkritik, vertritt den »wahren Volkswillen«, nationalistische Agenda). Mit der Flüchtlingskrise 2015 verschob sich der inhaltliche Fokus zu einem Anti-Islam-Kurs sowie einer restriktiven Migrations- und Asylpolitik, verbunden mit einer kontinuierlichen Radikalisierung (Häusler/ Roeser 2021: 11ff.). Zwar löste sich der rechtsextreme »Flügel« um Björn Höcke 2020 auf (Decker 2021: 38), allerdings rückten seitdem weitere Teile der

Abbildung 1:
Gruppen mit überdurchschnittlichem AfD-Wahlergebnis (BTW 2021)



Quellen: DGB (2021); Forschungsgruppe Wahlen (2021).

AfD nach Rechtsaußen, sodass der Verfassungsschutz sie seit 2021 als rechtsextremen Verdachtsfall einstuft.

Bei den aktuellen Großthemen ist die AfD die Partei der Leugner_innen. Regierungsmaßnahmen zur Eindämmung der Covid-Pandemie verglich sie wiederholt mit der NS-Zeit («Corona-Ermächtigungsgesetz»). Sie leugnet den menschengemachten Klimawandel und stellt sich gegen die Dekarbonisierung, womit sie auch versucht, Beschäftigte anzusprechen.

Bereits 2014 gründeten sich die »Arbeitnehmer in der AfD« (AiDA), 2015 folgte die »Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer« (AVA) und 2017 der »Alternative Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland« (ALARM) (Schroeder et al. 2020: 28f.). AVA-Gründer Uwe Witt, ehemaliges IG Metall-Mitglied, ist arbeits- und sozialpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion und legte 2018 eines der drei AfD-Rentenkonzepte vor. Hierin wurden Beitragserhöhungen oder höhere Steuerzuschüsse abgelehnt und stattdessen eine »Flexibilisierung durch Lebensarbeitszeit« gefordert, was in der Kombination eine Anhebung des Renteneintrittsalters und eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit bedeutet hätte (Butterwegge 2019: 100). Das zweite Konzept lieferte sein Stellvertreter und ALARM-Gründer Jürgen Pohl. Dabei geht es insbesondere um die Unterstützung der Deutschen, denen neben einer produktivitätsorientierten Rente zusätzlich eine »Staatsbürgerrente« zustehen sollte (Müller-Gemmeke 2020). Das dritte Konzept von Markus Frohnmair sah u.a. eine umlagefinanzierte Grundrente vor, deren Höhe nur für Deutsche um ein Prozent pro Beitragsjahr erhöht werden sollte (Butterwegge 2019: 101). Hier zeigt sich beispielhaft die grundsätzliche, »nationale[] Ausrichtung der Sozial- und Wirtschaftspolitik, deren Früchte dem eigenen Land und der eingesessenen Bevölkerung vorbehalten bleiben sollen« (Decker 2021: 45). Dabei verbindet die AfD ordo- und neoliberale Positionen, die stärker in den programmatischen Grundagentexten auftauchen, mit einer national verstandenen, »exklusiven« Solidarität der einheimischen Bevölkerung bei sozialer Absicherung und Teilhabe, die sich häufig in Reden und informellen Dokumenten findet (Pühringer et al. 2021: 54f.). Auch im Wahlprogramm 2021 wollte die AfD (2021: 126) nicht nur die Rente »durch konsequente Streichungen von ideologischen Politikmaßnahmen, (...) in der Migrations-, Klima- und EU-Politik, gegen[]finanzieren.« Auch der Anspruch auf Grundsicherung für Arbeitssuchende sollte bezogen auf Ausländer_innen beschränkt werden auf solche »EU-Ausländer (...), die unter Aufnahme einer existenzsichernden Tätigkeit einreisen«, um die »Zuwanderung (...) in unsere Sozialsysteme [zu] begrenzen« (ebd.: 118).

POSITIONEN ZU ARBEITSBEZIEHUNGEN UND BESCHÄFTIGTENINTERESSEN

Den sozialen Dialog im deutschen System der industriellen Beziehungen kennzeichnen zwei formal getrennte, aber verwobenen Ebenen («Duales System») (Schroeder/ Greef 2014: 123f.). Überbetrieblich schließen die acht Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) (6 Mio.

Mitglieder; Organisationsgrad 14,3 %) Tarifverträge (Tarifautonomie) mit Arbeitgeberverbänden ab, wobei Tarifbindung und branchenweite Flächentarifverträge zurückgehen. Die Gewerkschaften organisierten sich nach dem Zweiten Weltkrieg als Branchen- sowie konfessionell, weltanschaulich und parteipolitisch neutrale Einheitsgewerkschaften. Auf Betriebsebene vertreten, formal unabhängig i.d.R. jedoch gewerkschaftlich organisiert, Betriebsräte die Beschäftigten gegenüber dem Unternehmen (Betriebsverfassung). Dabei verfügen sie über Mitbestimmungs- (soziale Angelegenheiten), Konsultations- (Arbeitsablauf- und Arbeitsplatzgestaltung) und Informationsrechte (wirtschaftliche Angelegenheiten). Auch die Verbreitung der betrieblichen Mitbestimmung ist rückläufig (Ellguth/ Kohaut 2020: 279ff.; Müller-Jentsch 2014: 519ff.).

Die DGB-Gewerkschaften – als maßgebliche Tarifakteure auf der überbetrieblichen Ebenen – und ihre Betriebsrät_innen – die etwa 70 Prozent aller Betriebsratssitze besetzen (Demir et al. 2019: 45) – spielen im deutschen System der industriellen Beziehungen die Hauptrolle. Dies ist für die AfD relevant, weil diese links bzw. sozialdemokratisch orientiert sind und aufgrund ihrer Historie (Weimarer Republik, Nationalsozialismus) als politische Akteure gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit sowie für Toleranz und Demokratie eintreten. Die Inkompatibilität von gewerkschaftlichen Werten und AfD zeigt sich in einzelnen Unvereinbarkeitsbeschlüssen der DGB-Gewerkschaften mit Parteimitgliedschaft, -amt oder -mandat.

Aus dieser Perspektive wundert es nicht, dass der Bezug zu Gewerkschaften, Tarifverträgen und Mitbestimmung im AfD-Grundsatzprogramm 2016 fehlt und im Wahlprogramm 2021 Interessengegensätze zwischen Kapitel und Arbeit ausgeblendet werden. Die AfD (ebd.: 45) wendet sich gegen »hetzerische Klassenkampfrhetorik«. Sie bekennt sich zwar zur »Mitbestimmung der Beschäftigten in den Betrieben und zu allgemeinverbindlichen Tarifverträgen«, erkennt aber keine Probleme oder Handlungsbedarf in tarif- und arbeitspolitischen Fragen. Die AfD in Baden-Württemberg brachte 2019 sogar den Entwurf eines »Gesetzes zur Aufhebung des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge« ein (Landtag von Baden-Württemberg 2019). Unter sozialer Marktwirtschaft versteht die AfD einen Rückzug des Staates (bei Subventionen und Regulierung) zugunsten von Wettbewerb und flexiblem deutschen Mittelstand und fordert die »Entschlackung und Flexibilisierung des Arbeitsrechts« (ebd.).

Sie vertritt nur vordergründig Beschäftigteninteressen, was auch Redebeiträge im Bundestag verdeutlichen¹. So lehnte Jürgen Pohl die Vereinfachung der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen als »staatlichen Eingriff« ab (12.12.2019). Er fordert zwar erleichterte Betriebsratswahlen, wobei es jedoch nur um eine einfachere Aufstellung rechter Kandidat_innen ging. Statt der je nach Betriebsgröße bis zu 50 nötigen Unterstützungsunterschriften für die Benennung eines Wahlvorschlages sollten nur zwei

¹ opendiscourse.de abgerufen am 27.11.2021

Unterschriften genügen. Zugleich sprach er sich gegen die Ausweitung des erleichterten Verfahrens der Personenwahl aus. Mit diesem Verfahren sinkt, verglichen mit der i.d.R. ansonsten notwendige Listenwahl, die Wahrscheinlichkeit, dass unbekannte rechte Kandidat_innen gewählt werden. Stattdessen fordert Pohl eine Endprivilegierung der DGB-Gewerkschaften – die zur Aufstellung eigener Vorschlagslisten keine Stützschriften, sondern die Unterzeichnung von zwei Gewerkschaftsbeauftragten benötigen – zugunsten anderer »Arbeitnehmergruppierungen«. Zudem sollten die »Altgewerkschaften« entmachtet werden, indem auch Betriebsräten ermöglicht werden solle, Tarifverträge abzuschließen (6.5.2021). Nach geltendem Recht können Betriebsräte zwar betriebliche Arbeitsbedingungen durch rechtsverbindliche Betriebsvereinbarungen (insb. zu mitbestimmungspflichtigen Themen) gestalten. Aber bei Tarifverträgen, sowohl bei der betrieblichen Ausgestaltung von Öffnungsklauseln im Flächentarifvertrag als auch bei der Verhandlung von Unternehmenstarifverträgen, sind sie auf die Gewerkschaften angewiesen. Denn aus guten Gründen sind nur diese tariffähig – u.a. wegen der notwendigen sozialen Mächtigkeit, um auf Augenhöhe mit der Arbeitgeberseite verhandeln und nötigenfalls auch Streiken zu können (was Betriebsräten gar nicht erlaubt ist). Dass für die AfD ohnehin gar nicht die Verbesserung der betrieblichen Mitbestimmung im Fokus steht, machte Uwe Witt deutlich, der gegen »eine überproportionale Erweiterung der Mitbestimmungsrechte und damit der Machtausweitung der Betriebsräte« wettete (3.1.2020).

Den gesetzlichen Mindestlohn, der »vor dem durch die derzeitige Massenmigration zu erwartenden Lohndruck« schützt, will sie zwar beibehalten, eine notwendige Erhöhung wird aber nicht formuliert (ebd.: 119f.). Witt sprach sich explizit gegen die im Koalitionsvertrag vorgesehene Erhöhung auf 12 Euro aus, die Beschäftigten kaum etwas bringe, »ausschließlich die klein- und mittelständischen Unternehmen« treffe und »für einen massiven Stellenabbau« Sorge (15.4.2021). Migrant_innen kennzeichnet die AfD (ebd.: 99), auch aufgrund eines durch Digitalisierung und Corona-Lockdown vermuteten Beschäftigungsrückgangs, als Gefahr für deutsche Arbeitnehmer_innen. Sie leugnet den Fachkräftemangel, der als Argument für eine qualifizierte Einwanderung vorgeschoben sei (ebd.).

VERHÄLTNIS ZU GEWERKSCHAFTEN UND BETRIEBLICHER INTERESSENVERTRETUNG

Noch deutlicher zeigen Redebeiträgen die AfD-Sicht auf die DGB-Gewerkschaften. Fast alle 39 Bezugnahmen (bis 27.11.2021), insbesondere von Jürgen Pohl (11) und Uwe Witt (8), fielen negativ aus. Die DGB-Gewerkschaften hätten »abgewirtschaftet« (Pohl 12.12.2019) und mieden »jegliches Aufbäumen für die Interessen der einheimischen Arbeitnehmerschaft und ergeben sich fast kampfflos« (17.12.2020). Sie kümmerten »sich mehr um die große Politik (...) als um ihre Mitglieder (Komning 16.12.2020). Es brauche eine »neue Gewerkschaft der solidarischen Patrioten« (Pohl 5.3.2020), weil die »Altgewerkschaften« nur »ideologische Kampf-

maßnahmen« betrieben. »[E]in Großteil der Arbeitnehmerschaft [hätte sich] längst von den organisierten Verbänden des DGB verabschiedet« (22.4.2021). Es gebe »Verstrickung [der SPD] mit Sozialverbänden und Gewerkschaften, wenn es um die lukrative Verteilung von Posten und Ämtern für die Genossen geht« (Witt 26.3.2021) und die »Vertreter der Altgewerkschaften« seien »durch Bonizahlungen und Gehaltszahlungen korrumpiert« (Pohl 15.3.2018).

Verbindungen der AfD in die Gewerkschaften existieren daher nur unter Mitgliedern, kaum unter Haupt- und Ehrenamtlichen. Vereinzelt zeigen Betriebsrät_innen AfD-Affinitäten. Die Betriebsebene wird auch vermehrt von rechten Akteuren bespielt, insbesondere durch das »Zentrum Automobil« (ZA), gegründet 2009 beim Automobilhersteller Daimler AG. ZA bedient sich der gleichen Rhetorik wie die AfD. DGB-Gewerkschaften und Betriebsräte seien Teil des Establishments und hätten die Interessen der Beschäftigten verraten. Der Diesel-Motor müsse gerettet und deutsche Arbeitsplätze gegen Migrant_innen verteidigt werden. Bei der Betriebsratswahlen 2018 konnten ZA (und ihr Ableger »IG Beruf und Familie«) bei Daimler, Porsche und BMW zwar 17 Betriebsratsitze gewinnen, lag damit jedoch weit hinter der IG Metall und blieb bislang auf den Automobilbereich beschränkt.

Tabelle 1:
Ausgewählte Ergebnisse der Betriebsratswahlen in der Automobilindustrie (2018)

Unternehmen	Daimler			Porsche	BMW
Standort	Untertürkheim	Sindelfingen	Rastatt	Leipzig	Leipzig
Sitze: ZA/IG BuF	6	2	3	2	4
Sitze: IG Metall	37	46	29	31	31
Sitze: Gesamt	47	59	35	33	35

Quellen: Schroeder et al. (2020: 24).

Mit der Umbenennung in »Zentrum« versucht ZA, als »Alternative Gewerkschaft« bei den Betriebsratswahlen 2022 in anderen Branchen Fuß zu fassen. Dabei greift ZA auf ein Netzwerk aus Politiker_innen, Aktivist_innen und Publizist_innen zurück, zu dem z.B. das Compact-Magazin (Jürgen Elsässer) und »Ein Prozent« zählen. Sie unterstützten bereits 2018 die ZA-Kampagne »Patrioten schützen Arbeitsplätze: Werde Betriebsrat!« (Schroeder et al. 2020: 30). Personelle Verbindungen zur AfD bestehen etwa mit Frank Neufert (IG Beruf und Familie), bis 2019 Teil der Zwickauer AfD-Kreisfraktion.

Die AfD hat ZA im Jahr 2021 formal auf die Liste der mit einer Parteimitgliedschaft unvereinbaren Organisationen gesetzt – laut Bundestagsabgeordnetem Dirk Spaniel (2021) zum »Schaden für die AfD«, der stattdessen einen »Schulterchluss« fordert: die Partei müsse die »gemeinsame Arbeit vertiefen«, die »Basis in den Betrieben erfolgreich auf- und ausbauen« und die »wertvolle[n] Kontakte zu hunderttausenden Arbeitnehmern« nutzen, die zu dem »klassischen und treuesten Wählerpotenzial« zählen.

RESÜMEE

Arbeiter_innen wählen die AfD überproportional, was sich aber nicht durch ein arbeitnehmer_innenfreundliches Programm erklärt. Ganz im Gegenteil: zentrale Herausforderungen, wie die Transformation im Zuge von Klimawandel und Dekarbonisierung, werden geleugnet und die DGB-Gewerkschaften diffamiert. Einwanderung und Flüchtlinge werden als Gefahr für Arbeitsplätze von Deutschen dargestellt. Die AfD liefert ideologische Begründungen für vermeintliche Probleme und hält gleichzeitig keine Antworten für die drängenden Fragen zur Gestaltung der Arbeitswelt von morgen bereit. Vielmehr sind ihre Vorstellungen dazu geeignet, die Position von Beschäftigten weiter zu schwächen. Zwar bekennt sich die AfD zu Tarifverträgen und Mitbestimmung, sieht aber keine Handlungsnotwendigkeit angesichts bestehender Probleme. Ihre Forderungen sollen vielmehr die DGB-Gewerkschaften schwächen und rechten Listen die betriebliche Verankerung erleichtern.

LITERATUR

- AfD** (2019): Strategie 2019-2025. Die AfD auf dem Weg zur Volkspartei.
- AfD** (2021): Deutschland. Aber normal. Programm der Alternativen für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag, Berlin: AfD.
- BfV** (2020): Bundesamt für Verfassungsschutz stuft AfD-Teilorganisation »Der Flügel« als gesichert rechtsextremistische Bestrebung ein, Bundesamt für Verfassungsschutz, http://www.verfassungsschutz.de/DE/service/presse/presse_node.html (abgerufen am 13.11.2021).
- Butterwegge, Christoph** (2019): Antisozialer Patriotismus: Die Rentenpläne der AfD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (9), S. 99–106.
- Decker, Frank** (2021): Die Alternative für Deutschland. Ein Porträt, in: Schroeder, Wolfgang/ Trömmel, Markus (Hrsg.): Rechtspopulismus. Zivilgesellschaft. Demokratie., Bonn: Dietz, S. 32–51.
- Decker, Frank/ Ruhose, Fedor** (2021): Der Einfluss der AfD auf die deutsche Koalitionslandschaft: Problem oder Chance für die etablierten Parteien? In: Zeitschrift für Politik, 68 (2), S. 123–144.
- Demir, Nur/ Funder, Maria/ Greifenstein, Ralph/ Kißler, Leo** (2019): Trendreport Betriebsratswahlen 2018 – Entwicklungstrends der betrieblichen Mitbestimmung, Working Paper, Institut für Soziologie Philipps-Universität Marburg.
- DGB** (2021): Bundestagswahl 2021: So haben Gewerkschafter*innen gewählt, Deutscher Gewerkschaftsbund, <https://www.dgb.de/themen/++co++79fb7b60-1f79-11ec-88c8-001a4a160123> (abgerufen am 28.11.2021).
- Ellguth, Peter/ Kohaut, Susanne** (2020): Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung: Aktuelle Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2019, in: WSI-Mitteilungen, 73 (4), S. 278–285.
- Forschungsgruppe Wahlen** (2021): SPD-Wahlsieg und CDU/CSU-Debakel. Bundestagswahl. 26. September 2021, Mannheim: Forschungsgruppe Wahlen, https://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Wahlanalyse_Bundestagswahl/News/Bund210927.pdf (abgerufen am 28.11.2021).
- Häusler, Alexander/ Roeser, Rainer** (2021): Die AfD vor der Bundestagswahl 2021, Berlin: DGB-Bundesvorstand.
- Landtag von Baden-Württemberg** (2019): Gesetzentwurf der Fraktion der AfD. Gesetz zur Aufhebung des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg, Drucksache 16/6726, Stuttgart: Landtag von Baden-Württemberg, https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/6000/16_6726_D.pdf (abgerufen am 28.11.2021).
- Müller-Gemmeke, Beate** (2020): Die AfD und die Arbeitswelt, Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg, <https://www.boell-bw.de/de/2020/11/11/die-afd-und-die-arbeitswelt> (abgerufen am 25.11.2021).
- Müller-Jentsch, Walther** (2014): Mitbestimmungspolitik, in: Schroeder, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch Gewerkschaften in Deutschland, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 505–534.
- Pühringer, Stephan/ Beyer, Karl M./ Kronberger, Dominik** (2021): Soziale Rhetorik, neoliberale Praxis. Eine Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD, OBS-Arbeitspapier 52, Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung.
- Schroeder, Wolfgang/ Greef, Samuel** (2014): Struktur und Entwicklung des deutschen Gewerkschaftsmodells: Herausforderung durch Sparten- und Berufsgewerkschaften, in: Schroeder, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch Gewerkschaften in Deutschland, Wiesbaden: Springer VS, S. 121–145.
- Schroeder, Wolfgang/ Greef, Samuel/ Ten Elsen, Jennifer/ Heller, Lukas** (2020): Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts. Interventionsversuche und Reaktionsmuster, OBS-Arbeitsheft 102, Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung.
- Spaniel, Dirk** (2021): Dr. Dirk Spaniel (AfD) Stellungnahme zum Thema Gewerkschaft Zentrum Automobil! <https://www.youtube.com/watch?v=WD6vmXruE5U> (abgerufen am 28.11.2021).

RECHTSPOPULISMUS UND GEWERKSCHAFTEN IN SCHWEDEN

Nur eine Frage der Zeit?

Johan Sjölander

Es ist nur eine Frage der Zeit. Je zahlreicher wir sind, umso mehr Arbeitsplätze können wir übernehmen, dort Vertreter_innen wählen, die unsere Werte teilen, und neue Vorstände ernennen.

Jörgen Fogelklou, Schwedendemokraten

Die Situation in der schwedischen Politik und innerhalb der schwedischen Gewerkschaftsbewegung ist angespannt. Während die im Verband LO (Landsorganisationen) zusammengeschlossenen Gewerkschaften, denen die große Mehrheit der Arbeiter_innen angehört, eine enge historische und ideologische Beziehung zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei pflegen, unterstützen immer mehr Wählende der Arbeiter_innenklasse, besonders männliche Gewerkschaftsmitglieder, den rechtsextremen Populismus der Schwedendemokraten.

WER SIND DIE SCHWEDENDEMOKRATEN (SVERIGEDEMOKRATERNA, SD)?

Allem voran muss betont werden, dass es sich bei den Schwedendemokraten nicht um eine normale rechtspopulistische Partei wie die norwegische Fremskrittspartiet oder die dänische Folkeparti handelt. Die SD wurden von Neonazis gegründet. Als der derzeitige Parteivorsitzende Jimmie Åkesson zur Partei kam, bestand sie immer noch aus Skinheads, die bei Parteiversammlungen »Sieg Heil« skandierten und offen rassistische Rhetorik verwendeten. Angesichts dieses Nazi-Hintergrunds machte die israelische Regierung beispielsweise klar, dass sie keine Beziehungen zu einer schwedischen Regierung unterhalten werde, die direkt oder indirekt von der Unterstützung der Schwedendemokraten abhängig ist.

Die Parteispitze der Schwedendemokraten bemüht sich unterdessen stark, sich von dem schlechten Ruf zu befreien, der ihr aus der Vergangenheit anhaftet. Sie behauptet, die Partei habe sich verändert und müsse eher als »konservative« Partei betrachtet werden. In gewisser Hinsicht hatte sie damit wohl Erfolg, denn die SD stellen inzwischen die drittgrößte, in manchen Umfragen sogar die zweitgrößte Partei Schwedens dar und haben umstrittenerweise offen an den Haushaltsverhandlungen mit den konservativen und liberalen Parteien der demokratischen Mitte teilgenommen.

Dennoch hat die Partei ständig mit Skandalen im Zusammenhang mit offiziellen Vertreter_innen zu kämpfen, die aus der Rolle fallen. Die schwedische Tageszeitung Dagens Nyheter veröffentlichte kürzlich eine Liste mit mehr als 60 Beispielen für Fälle, in denen Mitglieder der Schwedendemokraten in den letzten drei Jahren offen extremistische und rassistische Ansichten äußerten.¹

Traditionell sagt die Partei von sich selbst, dass ihre Ideologie »weder links noch rechts« sei. Sie lehne den Klassenkampf ab, unterstütze aber starke soziale Rechte, besonders für in Schweden geborene Arbeitnehmende und Rentner_innen. In den letzten Jahren hat sie auch ihre Beziehungen zu den Gewerkschaften verbessert, sodass sich ihre Positionen zu Fragen wie der Privatisierung änderten. Des Weiteren ordnen sich die Schwedendemokraten inzwischen eindeutig den wichtigsten konservativen Parteien des Landes zu. Bei den im Jahr 2022 bevorstehenden Wahlen strebt die Partei entweder die Zusammenarbeit mit einer konservativen Regierung oder sogar die Rolle einer Koalitionspartei in einer konservativen Regierung an.

Trotz dieser Entwicklungen sieht die schwedische Öffentlichkeit in den Schwedendemokraten nach wie vor eine Partei, die sich vor allem für eine einzige Problematik interessiert: Migration und Immigrierende.

WELCHE HALTUNG HABEN DIE SCHWEDENDEMOKRATEN GEGENÜBER DEN SOZIALPARTNERN?

Formell sind die SD ganz eindeutig für »das schwedische Modell«, bei dem unabhängige Sozialpartner einen Tarifvertrag schließen und sich der Staat möglichst wenig einmischt – die Sozialpartner regulieren die Arbeitswelt weitgehend allein. Die Schwedendemokraten bezeichnen sich selbst gerne als die letzten Verfechter des schwedischen Sozialpartnerschaftsmodells und kritisieren die sozialdemokratische Regierung, im Hinblick auf die EU-Gesetzgebung im sozialen Bereich zu nachgiebig zu sein. Die Debatte um die Einführung von Mindestlöhnen in der EU mittels einer Richtlinie betrachten die SD als Angriff auf das Sozialpartnerschafts-

¹ <https://www.dn.se/ledare/isobel-hadley-kamptz-vem-ar-egentligen-brun-vi-har-sannolikt-inte-hela-listan/>

modell und den schwedischen Wohlfahrtsstaat. »(...) es ist offensichtlich, dass der allgemeine Plan darin besteht, der EU beim Arbeitsrecht völlig freie Hand zu lassen. Diese Maßnahmen führen zu verstärkter Supranationalität, mehr Macht für Brüssel und sind eine Beleidigung für die schwedischen Arbeitnehmenden«, schrieb der Parteivorsitzende Jimmie Åkesson 2019 in einem Artikel mit dem Titel »Die SD, letzte Hoffnung für das schwedische Modell« in der schwedischen Boulevardzeitung Aftonbladet.

Obwohl sich die rechtsextreme Partei SD als Verfechterin unabhängiger Sozialpartner am Arbeitsmarkt und des »schwedischen Modells« darstellt, vertritt sie in der Praxis eine skeptische Haltung gegenüber den Gewerkschaften und ist überzeugte Gegnerin der LO, der Dachorganisation der Gewerkschaften, die enge Beziehungen zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei pflegt. Die Schwedendemokraten haben beispielsweise gemeinsam mit den wichtigsten konservativen Parteien für die Abschaffung von Steuervergünstigungen auf Gewerkschaftsbeiträge gestimmt.

WIE IST DIE SCHWEDISCHE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG ORGANISIERT?

Der schwedische Gewerkschaftsverband LO (Landsorganisationen) ist die zentrale Organisation für 14 Mitgliedsgegewerkschaften, denen Arbeiter_innen des öffentlichen und privaten Sektors angeschlossen sind. Die LO ist ausdrücklich sozialdemokratisch. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens (SAP) wurde im Jahr 1889 von Gewerkschaften gegründet, und neun Jahre später, 1898, entstand der Verband LO mit sehr engen Beziehungen zur SAP. Allgemein werden der Gewerkschaftsverband und die Partei als »zwei Äste desselben Baumes« bezeichnet, was ihre Beziehung zueinander in der Tat gut beschreibt. So ist der Vorsitzende des Gewerkschaftsverbands beispielsweise gleichzeitig Mitglied des Parteivorstands der SAP.

Die LO-Gewerkschaften sind bei der Organisation der Arbeiter_innen eindeutig führend. Es gibt eine gewisse Konkurrenz, z. B. die anarchistische Gewerkschaftsbewegung SAC, die jedoch über vergleichsweise wenige Mitglieder verfügt: Ihr gehören 3000 Arbeitnehmende an, während die LO-Gewerkschaften etwa 1,4 Millionen Mitglieder verzeichnen. Die meisten Schwed_innen meinen die im sozialdemokratischen Dachverband LO organisierten Gewerkschaften, wenn sie von »der Gewerkschaft« sprechen.

WIE IST DAS VERHÄLTNISS ZWISCHEN DEN SCHWEDENDEMOKRATEN UND DEN WÄHLENDEN AUS DER ARBEITER_INNENKLASSE?

Im Laufe der Zeit haben die Schwedendemokraten in der gesamten Wahllandschaft Schwedens immer mehr Unterstützung gefunden und sind jetzt die drittgrößte Partei, manchen Umfragen zufolge sogar die zweitgrößte. Dazu muss

allerdings gesagt werden, dass die SD zwar in den letzten 20 Jahren in der Bevölkerung an Unterstützung gewonnen haben, aber aus verschiedenen Umfragen immer noch als die zweifellos umstrittenste schwedische Partei hervorgehen, bei der die Meinungen am stärksten auseinandergehen. Nicht nur die Unterstützung wächst, sondern auch der Widerstand der Bevölkerung. Die Entwicklung im Laufe der Zeit zeigt eines jedoch eindeutig: Die Schwedendemokraten sind stärker geworden.

Natürlich ist hier die Unterstützung durch die Arbeiter_innen von besonderem Interesse, insbesondere durch diejenigen, die in den Gewerkschaften des Verbandes LO organisiert sind. Laut internen LO-Umfragen stellt das Jahr 2015 eindeutig einen Wendepunkt dar. Schon vorher wuchs die Zahl der Sympathisierenden der Schwedendemokraten, vor allem unter jungen Männern; 2015 erfolgte jedoch eine ziemlich radikale Wende, als sich die demografische Zusammensetzung der SD-Anhängerschaft in den Reihen der LO auf die mittleren Altersklassen verlagerte. Vor 2015 handelte es sich bei typischen SD-Anhängern um wütende junge Männer, während es nach diesem Zeitpunkt Familienväter der Arbeiter_innenklasse waren. Sowohl unter den LO-Mitgliedern als auch in der breiteren Öffentlichkeit verteilte sich die Unterstützung der Schwedendemokraten nach wie vor nicht gleichmäßig auf die Geschlechter: Männer wendeten sich der populistischen Rechten zu, Frauen nicht.

Wie in vielen anderen europäischen Ländern war 2015 natürlich auch in Schweden das Jahr der Migrationskrise. Die Entwicklung im Land war äußerst dramatisch. Im Laufe des Jahres flüchteten 162.788 Menschen nach Schweden, und im Herbst trafen innerhalb nur weniger Wochen mehr als 10.000 Flüchtende ein.

Deshalb ist es sehr schwer, nicht zu der Schlussfolgerung zu kommen, dass der Zuwachs an SD-Sympathisierenden unter den LO-Mitgliedern weitgehend auf die Immigration zurückzuführen ist. Woher die Unterstützung des rechts-extremen Populismus wirklich kommt, ist selbstverständlich kompliziert zu erklären und Gegenstand heftiger Debatten unter Wissenschaftler_innen und politischen Analyst_innen. In dem sehr interessanten Buch »Det svenska missnöjet« (die schwedische Unzufriedenheit)² zeigen die Autorinnen Lisa Pelling und Johanna Lindell deutlich, wie Fragen bezüglich Arbeit, Mangel an Wohlstand, Kriminalität und Wohnraum den Menschen Sorgen bereiten, stellen aber auch fest, dass Migration immer noch als das größte zu lösende Problem betrachtet wird.

Die Frage der Immigration ist an sich und aus einer eher materialistischen Sicht für die Gewerkschaften kompliziert. Einerseits sind Gewerkschaften von ihrer Ideologie her antirassistisch; Solidarität zählt zu ihren festen Werten, und viele ihrer Mitglieder verfügen selbst über einen Migrationshintergrund. Andererseits ist der Arbeitsmarkt der Arbeiter_innenklasse einem großen Risiko von Lohndumping und

2 Eine Zusammenfassung in deutscher Sprache finden Sie hier: <https://nordics.fes.de/e/die-schwedische-unzufriedenheit>

unlauterem Wettbewerb durch neue Immigrierendengruppen ausgesetzt. Dieses Dilemma kommt im – interessanterweise – letzten Programm des Gewerkschaftsverbands LO zum Thema Immigration und Immigrierende aus dem Jahr 1979³ (vor über 40 Jahren!) gut zum Ausdruck. Das Programm konzentriert sich stark darauf, was die Gewerkschaften selbst tun können, um wirksamer auf Arbeitnehmende mit Immigrationshintergrund zuzugehen. Darüber hinaus warnt es deutlich davor, wie sich die Unterstützung der Immigration durch die Bevölkerung entwickeln könnte, wenn die Immigration nicht in »gut kontrollierter und organisierter Form« erfolgt und »entsprechend unserer Möglichkeiten, neuen Immigrierenden Arbeit, Wohnraum, Sozialleistungen, Schulen, Gesundheitsfürsorge usw. zu bieten« (S. 10, englische Übersetzung des Autors).

Seit Veröffentlichung dieses Programms der LO sind die hierin erwähnten Probleme in der schwedischen Gesellschaft eskaliert. Dies ist mit Sicherheit nicht nur auf die zunehmende Zahl an Immigrierenden zurückzuführen. Mitte der 2010er Jahre liberalisierte die konservative Regierung die Immigration von Arbeitskräften, die EU-Mitgliedschaft hatte ebenfalls einen Einfluss, und politische Veränderungen, die nichts mit Immigration zu tun haben (z. B. Steuersenkungen, Privatisierung von Leistungen im Bereich Wohlfahrt) in Kombination mit den Auswirkungen der Globalisierung selbst sind ebenfalls Faktoren, die es zu berücksichtigen gilt.

Die Auswirkungen, vor denen der Gewerkschaftsverband im Jahr 1979 gewarnt hatte, sind also tatsächlich eingetreten, und die liberale Einwanderungspolitik Schwedens wird inzwischen durch die Bevölkerung deutlich weniger unterstützt. Berücksichtigt man dazu noch die Tendenz der Schwedendemokraten, sich als themengebundene Antiimmigrationspartei darzustellen (und als eine solche dargestellt zu werden), können Bedenken bezüglich unkontrollierter Migration zweifellos als treibende Kraft hinter dem steigenden Zuspruch der Wählenden aus der Arbeiter_innenklasse für die SD betrachtet werden.

WIE VERSUCHEN DIE SCHWEDEN-DEMOKRATEN, IHRE BEZIEHUNG ZUM GEWERKSCHAFTSVERBAND LO ZU HANDHABEN?

Die Schwedendemokraten haben versucht, gegen die starke sozialdemokratische Vorherrschaft in den LO-Gewerkschaften vorzugehen, indem sie entweder selbst in den Gewerkschaften aktiv wurden oder eigene parallele Strukturen gründeten. Erfolg erzielten sie bisher mit keiner dieser Strategien. Gewerkschaftsmitglieder wurden ausgeschlossen, weil sie den Schwedendemokraten angehörten⁴, und der Versuch der rechtsextremen Partei, eine neue Gewerkschaft zu grün-

den (Löntagarna, »die Arbeitnehmenden«) war eindeutig ein Misserfolg, da sich ihr nur etwa 200 Mitglieder anschlossen⁵.

Das bedeutet nicht, dass es unter den Mitgliedern der dem Verband LO angeschlossenen Gewerkschaften keine SD-freundlichen Meinungen gibt. In den Gewerkschaften selbst existiert vielmehr eine engmaschige Organisation bzw. ein Widerstand der Schwedendemokraten, und die Frage ihres Einflusses in den Arbeiter_innenvertretungen ist aktueller denn je. Am Zitat des führenden Schwedendemokraten Jörgen Fogelklou zu Beginn dieses Artikels wird deutlich, dass das Ziel, die sozialdemokratisch orientierten LO-Gewerkschaften von innen zu verändern, immer noch ehrgeizig verfolgt wird.

Das bedeutet auch, dass die wichtige Frage auf lange Sicht nicht lautet, wie die Organisationsstrukturen der LO-Gewerkschaften mit den Schwedendemokraten umgehen, sondern vielmehr, wie man rechtsextremen Haltungen und Populismus in der Arbeiter_innenklasse begegnet.

WIE SIEHT DER GEWERKSCHAFTS-VERBAND LO DIE SCHWEDEN-DEMOKRATEN?

Der Gewerkschaftsverband LO verfügt wie bereits erwähnt über eine enge organisatorische und ideologische Beziehung zur schwedischen sozialdemokratischen Partei SAP. Die historische Verbundenheit mit der SAP ist nur ein Teil dieser engen Beziehung. Den Widerstand gegen die Schwedendemokraten innerhalb der LO nur als (Frage der) Loyalität gegenüber der sozialdemokratischen Partei zu interpretieren, wäre zu oberflächlich. Es gibt triftige ideologische Gründe für jede Arbeiter_innengewerkschaft, sich der rechtsextremen Propaganda, der Xenophobie und dem Neofaschismus zu widersetzen, für den die SD stehen.

Die Gewerkschaften haben sich auch häufig und durch vielfältige Maßnahmen darum bemüht, der Unterstützung der Schwedendemokraten durch ihre Mitglieder entgegenzuwirken. Der Erfolg dieser Bemühungen war unterschiedlich. Es gibt Hinweise darauf, dass einzelne Kampagnen ihr Ziel erreichten, aber insgesamt konnte keine Trendwende bewirkt werden, und die Unterstützung für die Schwedendemokraten unter den Gewerkschaftsmitgliedern hat im Laufe der Zeit zugenommen.

Der Gewerkschaftsverband LO reagierte darauf mit verschiedenen Strategien. Diese konzentrierten sich auf Werte und Antirassismus und versuchten, die neonazistischen Wurzeln der Schwedendemokraten in Erinnerung zu rufen, die Haltung der SD zu klassischen Links-Rechts-Fragen aufzuzeigen und gewerkschaftsfeindliche Positionen der Schwedendemokraten zu verschiedenen Themen herauszustellen. Ein führender Gewerkschaftsvertreter sagte in einem Interview

³ Invandrarna och fackföreningsrörelsen – Los invandringspolitiska handlingsprogram för samhälle och arbetsliv, LO 80.01, TunaTryck AB Eskilstuna

⁴ Weitere Informationen finden Sie hier: <https://fastighetsfolket.se/2019/11/27/lo-fack-vill-stoppa-sd-fran-fackligt-inflytande/>

⁵ Weitere Informationen unter folgenden Links: <https://www.kollega.se/sd-fack-laggs-ned> und <https://www.kollega.se/sd-startar-fackforbund>

für diesen Artikel: »Wir haben alles versucht«. Diese Bemühungen als sinnlos zu betrachten, wäre unfair. Natürlich ist es – vor allem für die vielen Gewerkschaftsmitglieder mit Immigrationshintergrund – wichtig, eindeutig eine antirassistische Haltung zu beziehen, aber die Unterstützung für die Schwedendemokraten kann damit nicht wirksam reduziert werden. Einige der Kampagnen – besonders diejenigen, die die Schwedendemokraten mit klassischen Positionen der Rechten konfrontierten – konnten zumindest einen Teilerfolg verzeichnen, indem sie ehemalige Sympathisanten der SAP zurückgewannen.

WAS KÖNNEN WIR ÜBER DIE ZUKUNFT SAGEN?

Wenn man sich mit der Beziehung zwischen dem Gewerkschaftsverband LO und der rechtsextremen Partei der Schwedendemokraten beschäftigt, vergisst man leicht den dritten im Bunde, nämlich die sozialdemokratische Partei SAP. Deren Gesamtstrategie besteht darin, die Beziehungen zwischen der Partei und dem Gewerkschaftsverband zu stärken, und das Hauptziel lautet, den Anteil der Gewerkschaftsmitglieder zu erhöhen, die ihre Wahlstimme der SAP geben. Die Partei bemüht sich daher, die Zahl sozialdemokratischer Mitarbeitender und gewählter Vertreter_innen mit Gewerkschaftshintergrund zu erhöhen. In der im Jahr 2019 vom Parteivorstand verabschiedeten »mittelfristigen Strategie« (mellanvalsstrategi) der SAP wurde das Zurückgewinnen der Mitglieder der LO-Gewerkschaften ebenfalls zur obersten Priorität erklärt.

Der ehemalige Parteivorsitzende Stefan Löfven hat persönlich in einigen Spannungssituationen vermittelt. Er ist selbst stärker vom Gewerkschaftswesen als von der Politik geprägt. Bei seiner Nachfolgerin, der ehemaligen Finanzministerin Magdalena Andersson, verhält sich das anders. Sie ist Wirtschaftswissenschaftlerin und Absolventin der Harvard-Universität und verfügt über einen umfassenden parteipolitischen Hintergrund. Deshalb dürfte es interessant sein, zu sehen, wie sie als neue Parteivorsitzende mit dieser Situation umgeht.

Auf organisatorischer Ebene ist erwähnenswert, dass der neue Parteisekretär, der neben Magdalena Andersson gewählt wurde, direkt aus den Gewerkschaften rekrutiert wurde. Tobias Baudin war zuvor Vorsitzender der größten schwedischen Gewerkschaft *Svenska Kommunalarbetareförbundet*, der überwiegend Kommunalbeschäftigte angehören. Interessanter ist es, zu betrachten, inwieweit die politischen Prioritäten und die Rhetorik der neuen Parteivorsitzenden mit dem Ziel übereinstimmen, Arbeiter_innen zurückzugewinnen. Zu den politischen Prioritäten von Magdalena Andersson zählt es, hart gegen Kriminalität vorzugehen und alle verfügbaren Instrumente zu nutzen (»jeden Stein umzudrehen«), um Segregation abzuschaffen und die Integration zu verbessern. Die Privatisierung des Wohlfahrtsstaats soll gestoppt und es soll ein mit Stellenschaffungen und Industrialisierung verbundener Dekarbonisierungsansatz verfolgt werden. In ihrer Antrittsrede beim Parteitag 2021

wendete sich Andersson ausdrücklich an die Gewerkschaftsvorstände. Sie sprach diese mit Namen an und erklärte, wie die Gewerkschaftsmitglieder ganz konkret an ihrem neuen sozialdemokratischen Projekt beteiligt werden sollten.

Aus jüngsten Umfragen des Gewerkschaftsverbands LO geht hervor, dass sogar männliche Arbeiter teilweise wieder zur SAP zurückkehren. Daraus kann geschlossen werden, dass die aktuelle Strategie der sozialdemokratischen Partei, zu klassischen Links-Rechts-Fragen – Rente für Arbeiter_innen, hartes Vorgehen gegen Kriminalität und keine Rückkehr zur früheren, liberaleren Haltung zu Migration usw. – klar Stellung zu beziehen, offensichtlich Früchte trägt. Um Schlussfolgerungen aus den bisher nur geringfügigen Änderungen der Umfrageergebnisse zu ziehen, ist es noch viel zu früh, aber die Entwicklung ist durchaus interessant.

Als Schlussfolgerung kann gesagt werden, dass es der organisatorischen Stärke und dem ideologischen Bewusstsein der schwedischen Gewerkschaften zu verdanken ist, dass die rechtsextremen Schwedendemokraten keinen größeren Einfluss in der Gewerkschaftsbewegung gewonnen haben. Das konnte jedoch nicht verhindern, dass ihnen stärkere Unterstützung durch einzelne Mitglieder der Arbeiter_innenklasse zuteilwurde. Das ist ziemlich eindeutig auf abweichende Meinungen zur Immigration zurückzuführen. Die Botschaft der Schwedendemokraten, dass die Migrationspolitik des Landes viel zu liberal sei, hat bei den schwedischen Arbeiter_innen ein offenes Ohr gefunden. Allerdings ist dies nur ein Teil der Antwort. Die Botschaft zur Immigration würde nicht auf so große Resonanz stoßen, wenn sie nicht vor dem Hintergrund zunehmender Ungleichheit und Unsicherheit, insbesondere für die Arbeiter_innenklassen, gehört würde. Um etwas ändern zu können, ist es wichtig, diesen Kontext zu verstehen.

RECHTSPOPULISMUS UND GEWERKSCHAFTEN IN ITALIEN

Welche Positionen vertreten *Lega* und *Fratelli d'Italia* zum sozialen Dialog?

Emanuele Toscano

LEGA UND FRATELLI D'ITALIA: DIE ZWEI GESICHTER DES RECHTSPOPULISMUS IN ITALIEN

Die Partei *Lega per Salvini Premier*, eine Schwesterpartei der *Lega Nord*, wurde im Dezember 2017 gegründet, um deren Mitglieder aus Mittel- und Süditalien zusammenzuführen. Zur Parlamentswahl 2018 traten die zwei Parteien dann gemeinsam unter dem *Lega*-Symbol an, wobei das Wort *Nord* aus dem Parteinamen verschwand; die Partei verzichtete somit definitiv auf die Forderung nach der Abspaltung Norditaliens, die sie seit ihrer Gründung geprägt hatte.¹ Seit Matteo Salvinis Wahl zum Bundesvorsitzenden (*segretario federale*) 2013 änderte sich die politische Linie grundlegend, sie wurde zunehmend rechtspopulistisch und rechtsextrem (Passarelli/Tuorlo 2018): Die Partei setzt sich gegen illegale Einwanderung ein und ist nationalistisch (seit 2018 lautet die *Lega*-Parole »Italiener_innen zuerst«) und europafeindlich (Toscano 2020). Ferner ist sie für einen einstufigen Einkommenssteuersatz, das heißt eine *flat tax*, von 15 Prozent (für Einkommen bis zu 65 000 Euro), gegen die Ausweitung des Geltungsberichts der Bürgerrechte auf gleichgeschlechtliche Paare und überhaupt gegen die Anerkennung der Geschlechtervielfalt.² Unter der Führung Matteo Salvinis wuchs der Stimmenanteil der *Lega* gewaltig: von knapp über vier Prozent bei der Parlamentswahl 2013 und 6,1 Prozent bei der Europawahl 2014 auf über 17 Prozent bei der Parlamentswahl 2018 (wodurch die *Lega* zur drittstärksten Partei wurde) und sogar 34,2 Prozent bei der Europawahl 2019. Die Analyse der Parlamentswahl 2018 (IPSOS 2018; ITANES 2018) ergab, dass die Wählerschaft der *Lega* relativ homogen ist, mit einem hohen Anteil an Personen aus der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen sowie Personen mit niedrigem bis mittlerem

Bildungsniveau und vor allem Selbstständigen (Kaufleuten und Handwerker_innen), Arbeiter_innen und Hausfrauen. Sie zeigt außerdem, dass der Stimmengewinn landesweit ähnlich hoch war. Nach der Beteiligung am Kabinett Conte I (2018 bis 2019), in dem der *Lega*-Chef Matteo Salvini das Amt des Innenministers innehatte, und dem Wechsel in die Opposition während des Kabinetts Conte II (2019 bis 2021) unterstützt die *Lega* heute das seit Februar 2021 amtierende Kabinett Draghi.

Infolge der Abspaltung von Silvio Berlusconis Sammelpartei *Popolo della Libertà*, zu deren Entstehung 2009 die von *Allianza Nazionale* vertretene postfaschistische Rechte beigetragen hatte, gründete sich am 21. Dezember 2012 die Partei *Fratelli d'Italia*. Die dreifarbige Flamme im Parteilogo betont deren ideologisch-politische Kontinuität in der Nachfolge des neofaschistischen *Movimento Sociale Italiano*, dessen Abkürzung MSI bis 2017 im Logo von *Fratelli d'Italia* enthalten war. *Fratelli d'Italia*, seit 2014 von Giorgia Meloni, der einzigen weiblichen Parteivorsitzenden in Italien, geführt, verortet sich explizit im rechten bzw. rechtsextremen Lager und vertritt nationalistische, traditionalistische, postfaschistische, reaktionäre und souveränistische Positionen. Die Partei ist gegen eingetragene Lebenspartnerschaften für gleichgeschlechtliche Paare (siehe Fußnote 2), widersetzt sich jeglichem Anschein von Multikulturalismus und Willkommenskultur und ist Verfechterin eines traditionalistisch-konservativen Gesellschaftsmodells (die Parole lautet »Gott, Vaterland, Familie«) sowie des *Made in Italy* zur Wahrung nationaler Wirtschaftsinteressen. In den letzten Jahren verzeichnete die Partei gewaltige Stimmengewinne: Ihr Stimmenanteil stieg von 1,9 Prozent bei der Parlamentswahl 2013 auf 4,3 Prozent bei der Parlamentswahl 2018 und 6,5 Prozent bei der Europawahl 2019; jüngsten Umfragen zufolge liegt ihr Zuspruch bei 20,2 Prozent³, was bedeutet, dass *Fratelli d'Italia* nach der *Partito Democratico* die zweitstärkste Partei wäre. Die Wählerschaft von *Fratelli d'Italia* ist der der *Lega* ziemlich ähnlich (IPSOS 2018). Sie ist vor allem männlich und mittleren Alters, aber eher in Mittel- und Süditalien ansässig und soziokulturell vielfältiger: Einerseits sind es Unternehmer_innen, Führungskräfte und Freiberufler_innen mit hohem Bildungsniveau, andererseits Rentner_innen, Beamt_innen und Arbeiter_innen. Die Partei war bis jetzt immer in der Opposition, zunächst

1 Die *Lega Nord* (vollständiger Name: *Lega Nord per l'indipendenza della Padania*) wurde 1991 von Umberto Bossi gegründet, der über 20 Jahre lang ihr Vorsitzender war. Sie entstand aus dem Bündnis mehrerer regionaler Autonomiebewegungen aus verschiedenen Teilen Norditaliens.

2 2016 stimmte die *Lega* gegen den Gesetzentwurf Cirinnà; das Gesetz sollte auch gleichgeschlechtlichen Paaren eine eingetragene Lebenspartnerschaft ermöglichen; 2021 stimmte sie, gemeinsam mit *Fratelli d'Italia*, gegen die Resolution des EU-Parlaments, die die EU zum «Freiheitsraum für LGBTQ+-Personen» erklärte. 2021 stimmten *Lega* und *Fratelli d'Italia* dann auch gegen den Gesetzentwurf Zan, wodurch sie zum Scheitern eines Gesetzes beitrugen, das die Strafen für Hasskriminalität und die Diskriminierung von homosexuellen und transsexuellen Menschen, Frauen und Menschen mit Behinderung verschärft hätte.

3 <https://www.agi.it/politica/news/2022-02-10/pd-primo-partito-in-calzato-giorgia-meloni-cosa-dicono-sondaggi-15570418/>

während der Amtszeit der Mitte-links-Regierungen (2013 bis 2018), danach während der beiden Regierungen unter der Führung von Giuseppe Conte und gegenwärtig der des Kabinetts von Mario Draghi.

POPULISTISCHE PARTEIEN UND DIE ARBEITSWELT: EIN KONTROVERSES VERHÄLTNIS

Bei der letzten Parlamentswahl 2018 kamen die Begriffe »sozialer Dialog«, »Gewerkschaft« und »gewerkschaftliche Interessenvertretung« in den Wahlprogrammen von *Lega* und *Fratelli d'Italia* nicht vor: An sich mag das nicht besonders bezeichnend sein, doch gibt dieser Umstand klar zu verstehen, welche Bedeutung und welche Legitimität diese politischen Parteien den Schlüsselthemen der sozialen Entwicklung zuschreiben und welche Rolle sie diesen wichtigen Interessenverbänden im sozialen Dialog zuerkennen. Selbstverständlich mangelte es nicht an Vorschlägen zum Thema »Arbeit und Beschäftigung«, allerdings kommen die Gewerkschaften dabei nur am Rande vor. Nachdem im Oktober 2021 die von der neofaschistischen und der Impfgegnerbewegung *NoVax* nahestehenden *Forza Nuova* angeführten Demonstrant_innen den Sitz des Gewerkschaftsbunds CGIL (*Confederazione Generale Italiana del Lavoro*) gestürmt hatten, nahmen weder *Lega* noch *Fratelli d'Italia* an den Kundgebungen teil, die die Gewerkschaftsbünde CGIL, CGIL und UIL als Reaktion auf die Ausschreitungen organisiert hatten.⁴ Stattdessen verurteilten die beiden Parteichef_innen Salvini und Meloni – wie so oft – pauschal jeglichen Extremismus und jegliche Gewalt. Mehrfach äußerte sich Parteichef Matteo Salvini kritisch zu den von den drei großen Gewerkschaftsbünden organisierten Streiks. Als CGIL und UIL (ohne CISL) am 16. Dezember 2021 zu einem Generalstreik gegen das Haushaltsgesetz des Kabinetts Draghi aufrufen, erklärte Salvini, dessen Partei auf der Regierungsbank sitzt, er achte zwar das Streikrecht eines jeden, doch sei er mit der in seinen Augen sinnlosen und absurden Entscheidung, das Land kurz vor den Weihnachtsfeiertagen lahmzulegen, nicht einverstanden.⁵ Dieselbe Position vertrat auch *Fratelli d'Italia* (anders als die *Lega* ist diese aber in der Opposition), wobei sie die Sinnlosigkeit des Generalstreiks und seine wirtschaftlichen Folgeschäden hervorhob.

Die von beiden Parteien geäußerte Kritik am Streikrecht dient dazu, die verschiedenen (politischen und gewerkschaftlichen) Erscheinungsformen der Linken anzugreifen, und steht zudem im Einklang mit der populistischen Ausrichtung ihrer Politik und Kommunikation. Die beiden Parteien haben es nämlich geschafft, in jenen sozialen Schichten Fuß zu fassen, die am meisten von den gesellschaftlichen Auswirkungen der in Italien seit Jahren herrschenden ökonomischen und soziokulturellen Krise betroffen sind.

Beide Parteien konnten sich – mehr mit Worten als mit Taten – als deren politische Ansprechpartner profilieren und daraus in jenen sozialen Milieus Kapital schlagen, in denen eine größere Anzahl von »Modernisierungsverlierer_innen« (Betz 1994) beheimatet ist, das heißt von Menschen, die von wachsenden Ungleichheiten, wirtschaftlichen Schwierigkeiten und prekären Arbeitsverhältnissen betroffen sind. Nachdem die politischen Positionierungen von *Lega* und *Fratelli d'Italia* gegen den Zentralstaat und die Migrant_innen im Laufe der Jahre die Arbeiter_innen Norditaliens überzeugt haben, finden sie nun auch im Rest des Landes unter den Arbeiter_innen sowie unter Selbstständigen und Geringqualifizierten vermehrten Zuspruch (Biorcio 2010; Maraffi 2018; Leonardi/Carrieri 2020). Grundlage für diese wachsende Zustimmung ist das Versprechen, der Einwanderung, die als Ursache für die Arbeitsmarktkrise und die Verarmung des Sozialstaats sowie als Bedrohung der nationalen Identität empfunden wird, ein Ende zu setzen. Nicht überraschend ist daher, dass die gemeinsamen Parolen der beiden Parteien »Italiener_innen zuerst« und »Das Gütesiegel *Made in Italy* schützen« lauten.

Zahlreiche Analysen und Meinungsumfragen zum Wahlverhalten der Arbeiter_innen zeigen, wie hoch der Stimmen Gewinn dieser rechtspopulistischen Parteien, insbesondere der *Lega*, unter den Mitgliedern der großen Gewerkschaftsbünde war. Der Anteil rechter Wähler_innen unter den Gewerkschaftsmitgliedern stieg von 15 Prozent 2013 auf 22,7 Prozent 2018, wobei allein der *Lega*-Anteil von 4,8 Prozent auf 12,9 Prozent wuchs – die *Lega* verdreifachte somit ihren Stimmenanteil (Leonardi/Carrieri 2020). Konkret wurde die *Lega* bei der Parlamentswahl 2018 von 12,2 Prozent der CGIL-Mitglieder, 11,4 Prozent der CISL-Mitglieder und 16,1 Prozent der UIL-Mitglieder gewählt. Viel geringer fiel der Stimmenanteil von *Fratelli d'Italia* aus, die von 0,8 Prozent der CGIL-Mitglieder und 3,3 Prozent der CISL-Mitglieder gewählt wurde (Mattina 2019). Noch bedeutsamer war die Europawahl 2019: 26,5 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder (davon 18,5 Prozent CGIL-Mitglieder) wählten die *Lega* und 6,5 Prozent *Fratelli d'Italia*.

Was den sozialen Dialog betrifft, so trat die *Lega* schon immer, im Einklang mit ihren föderalistischen Positionen, für eine Reform der Tarifautonomie im Sinne einer Überwindung des zentralstaatlichen und nationalen Modells ein, das ihrer Ansicht nach weder besonders effektiv ist noch lokale Besonderheiten widerspiegelt. Angestrebt werden Tarifverhandlungen auf regionaler und betrieblicher Ebene mit dem Ziel, den Arbeitnehmer_innen eine ihnen angemessene Rolle zuzusichern und zugleich Vereinbarungen zu fördern, die der regionalen Entwicklung dienen; ferner sollen die Gehälter an die tatsächlichen Lebenshaltungskosten in der jeweiligen Region gekoppelt werden.⁶

⁴ Solidarisch äußerten sich nur einzelne Vertreter_innen der beiden Parteien.

⁵ <https://www.open.online/2021/12/16/salvini-meloni-vs-sciopero-generale-video/>

⁶ Vgl. Matteo Salvini *Programma per la candidatura alla Segreteria Federale della Lega Nord*.

Was die in Artikel 46 der italienischen Verfassung verankerte Mitbestimmung betrifft, tritt vor allem *Fratelli d'Italia*, direkte politische Nachfolgerin der neofaschistischen Rechten, das Erbe des MSI und der nationalistisch ausgerichteten Gewerkschaft CISNAL an, die nach dem Zweiten Weltkrieg über mehrere Jahrzehnte versuchten, das Prinzip der Mitbestimmung umzusetzen.⁷ 2018 legten zwei Senatoren von *Fratelli d'Italia* (Antonio Iannone und Patrizio la Pietra) einen Gesetzentwurf zur Einführung einer »partizipativen Satzung« für Unternehmen vor, mit dem sie die Unternehmensmitbestimmung und die Mitarbeiterbeteiligung durchsetzen wollten.⁸

RECHTER SYNDIKALISMUS: DER FALL UGL

Ist die Beziehung zu den drei großen Gewerkschaftsbünden oft konfliktreich, so ergeben die Beziehungen von *Lega* und *Fratelli d'Italia* zu den rechten Gewerkschaften ein ganz anderes Bild. Die wichtigste rechte Gewerkschaft in Italien ist die 1996 gegründete *Unione Generale del Lavoro* (UGL), die das Erbe der zuvor wichtigsten rechten Gewerkschaft, der CISNAL⁹ (*Confederazione Italiana Sindacati Nazionali del Lavoro*), und anderer selbstständiger, politisch rechter Organisationen antrat. Ihre Nähe zu den während des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts von Silvio Berlusconi geführten Mitte-rechts-Regierungen nutzte der UGL, deren Öffentlichkeitswirksamkeit und Mitgliederzahl zunahm.¹⁰ 2010 hatte die UGL nach eigenen Angaben über 2.300.000 Mitglieder, was sie nach CGIL und CISL zur drittgrößten Gewerkschaft Italiens machte. Von diesen Mitgliedern waren angeblich über 700.000 Rentner_innen. Laut einer Untersuchung von CONFASAL (*Confederazione Sindacati Lavoratori Autonomi*) sind die UGL-eigenen Angaben jedoch äußerst realitätsfern: Ein Vergleich mit den von INPS, INPDAP und anderen Sozialversicherungsträgern gemeldeten (und bescheinigten) Angaben ergab lediglich 63.000 Rentner_innen unter den UGL-Mitgliedern, also über 90 Prozent weniger als von der UGL behauptet (CONFASAL 2012).

In den letzten Jahren näherte sich die Führungsspitze der Gewerkschaft (maßgeblich in der Person ihres stellvertretenden Vorsitzenden Claudio Durigon), die schon immer politischen Parteien der Rechten sowie des Mitte-rechts-Lagers (anfangs *Forza Italia* und später *Fratelli d'Italia*) nahestand, *Salvinis Lega* an. Durigon selbst, der 2018 als *Lega*-Abgeordneter ins Parlament einzog, spielte eine Schlüsselrolle bei der Verwurzelung der Partei in Mittel- und Süditalien und ermöglichte deren Zusammenarbeit mit der UGL auf organisatorischer und politischer Ebene.

VORSCHLÄGE VON *LEGA* UND *FRATELLI D'ITALIA* ZU THEMEN RUND UM DIE ARBEIT

Fragen des sozialen Dialogs, der Mitbestimmung und der Tarifautonomie finden in den offiziellen Dokumenten der beiden Parteien keine Erwähnung und tauchen auch in den Reden der beiden Parteivorsitzenden nur am Rande auf, doch beim Thema »Arbeit und Beschäftigung« generell sehen die Dinge ganz anders aus.

Der *Lega* geht es bei ihren Vorschlägen zum Thema Arbeit vor allem darum, die Interessen von Kleinunternehmer_innen, Handwerker_innen, Kaufleuten und Selbstständigen zu wahren (traditionell ist dies die der Rechten in Italien am nächsten stehende soziale Gruppe), unter anderem mit der 2020 auf ihr Betreiben eingeführten *flat tax* in Höhe von 15 Prozent (für Einkommen bis 65.000 Euro). Ferner konzentriert sich ihr arbeitspolitischer Vorschlag auf verschiedene Schwerpunkte, wie zum Beispiel die Einführung eines Mindeststundenlohns; die Anerkennung der Sonntagsruhe, die die Arbeitgeber vor allem im Einzelhandel nicht eigenmächtig durchsetzen können; eine Anpassung der Höhe der Sozialabgaben an den europäischen Durchschnitt; die Vereinfachung und Digitalisierung der Formalitäten im Zusammenhang mit der Verwaltung von Arbeitsverhältnissen; die Verringerung des Steuerkeils (Differenz zwischen den Aufwendungen des Arbeitgebers für einen bestimmten Arbeitnehmer oder eine Arbeitnehmerin und dem Nettoverdienst dieses Arbeitnehmers bzw. dieser Arbeitnehmerin); ein leistungsbezogenes Entgeltsystem, wobei der variable Teil des Gehalts zulasten des fixen Teils steigen soll; Tarifverhandlungen auf Betriebs- und regionaler statt auf nationaler Ebene und die Einführung betrieblicher Sozialpläne. Was hingegen die Flexibilisierung der Arbeit betrifft, schlägt die *Lega* ein auf dem Konzept der *Flexicurity* beruhendes Modell vor, das vor dem Hintergrund arbeitsmarktpolitischer und einkommensunterstützender Maßnahmen die Flexibilität in der Vertragsgestaltung und der Produktion einerseits sowie Beschäftigung und soziale Sicherheit andererseits gewährleisten soll.

Fratelli d'Italia geht es beim Thema Arbeit vor allem um den Schutz des Siegels *Made in Italy*, das die von Meloni geführte Partei von dem unlauteren Wettbewerb aus Drittländern und von Standortverlagerungen bedroht sieht. Letzterem könnte man, laut *Fratelli d'Italia*, mittels der bereits erwähnten Beteiligung der Mitarbeiter_innen am Unternehmensgewinn entgegenwirken. Ferner fokussiert der arbeitspolitische Vorschlag die Reform des vor einigen Jahren nach einem Modell der Gleichberechtigung aller Arbeitnehmer_innen eingeführten »Vertrags für alle« (*contratto unico*), wobei das Prinzip des mit der Dauer der Betriebszugehörigkeit »wachsenden Arbeitnehmerschutzes« gegen Kündigungen (*tute-la crescente*), ohne Wiedereinführung des Artikels 18 des

⁷ Zwischen 1955 und 1991 legte der MSI acht Gesetzentwürfe zur Umsetzung von Artikel 46 der Verfassung vor.

⁸ <https://www.senato.it/leg/18/BGT/Schede/Ddliter/49615.htm>

⁹ Die politisch der neofaschistischen Partei *Movimento Sociale Italiano* nahestehende CISNAL wurde 1950 gegründet.

¹⁰ Ihre größte Öffentlichkeitswirksamkeit und politische Bedeutung erlangte die UGL wohl 2010, als sie an den Verhandlungen über Roberto Colaninno's Rettungsplan für Alitalia teilnahm.

Arbeitnehmerstatuts mit seinen sehr strengen Kündigungsschutzvorschriften, beibehalten werden soll.¹¹

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die beiden Parteien, obwohl sie unter Gewerkschaftsmitgliedern wachsende Zustimmung erfahren und in einigen sozialen Fragen in direktem Wettbewerb mit den Gewerkschaften stehen, bis heute politische Kräfte sind, die zum demokratischen Mainstream unseres Landes gehören und keine Bedrohung für zivilgesellschaftliche Organisationen und Interessenverbände, beginnend bei den Gewerkschaften, darstellen.

LITERATUR

Betz, H. G. (1994): *Radical Right-Wing Populism in Western Europe*. London: Macmillan.

CONFSAL (2012): Quanti sono gli iscritti al sindacato in Italia?, http://www.confsaluniversita.it/files/all_1_not_24_con_tabelle.pdf

Biorcio, R. (2010): Gli operai del Nord e la Lega, in: *Quaderni di Rassegna Sindacale*, 2, 137 ff.

Leonardi, S./Carrieri, D. (2020): Populism and trade union internationalism: the case of Italy, in: *Transfer. European Review of Labour and Research*, 26, 3, 273 ff.

IPSOS (2018): Elezioni Politiche 2018, <https://www.ipsos.com/it-it/elezioni-politiche-2018-analisi-del-voto> (aufgerufen am 4.2.2022).

Maraffi, M. (2018): *Le basi sociali del voto 2018: fra continuità e cambiamento*, in: ITANES, *Vox Populi*. Bologna: Il Mulino.

Mattina, L. (2019): Il voto diviso degli iscritti ai sindacati alle elezioni politiche del 2018, in: *Quaderni di Rassegna Sindacale*, 2.

ITANES (2018): *Vox Populi. Il voto ad alta voce del 2018*. Bologna: Il Mulino.

Passarelli, G./Tuorlo, D. (2018): *La Lega di Salvini. L'estrema destra al governo*. Bologna: Il Mulino.

Toscano, E. (2020): Hors de l'UE, hors de l'Euro. Les différentes interprétations de l'Euroscepticisme et du populisme en Italie, in: C. Berberi (Hrsg.): *L'Union européenne face à la montée des nationalismes et des populismes*. Paris: Éditions Le Manuscrit.

¹¹ Artikel 18 des Arbeitnehmerstatuts (Gesetz 300/1970), der 2015 vom Kabinett Renzi durch die auch als Jobs Act bekannte Reform des Arbeitsrechts abgeschafft wurde, betraf den Schutz vor Entlassungen aus rechtswidrigen und diskriminierenden Gründen in Unternehmen mit mehr als 15 Arbeitnehmer_innen.

DIE EXTREME RECHTE UND DIE SOZIALPARTNERSCHAFT IN FRANKREICH

Lügen und Halbwahrheiten

Jean-Marie Pernot

Die Partei *Rassemblement National* (RN) von Marine Le Pen und deren Vorgängerin *Front National* (FN) ist in der politischen Landschaft Frankreichs eine alte Bekannte und wurde von Sozialwissenschaftler_innen bereits ausführlich studiert. Die Bewegung *Reconquête!* («Zurückeroberung») um Éric Zemmour ist dagegen noch neu und hat sich bisher nicht wirklich stabilisiert. Inwiefern beide auf die vielschichtigen Traditionen der französischen Rechten zurückgreifen, lässt sich jedoch recht gut analysieren.

Beide Bewegungen interessieren sich nur sehr wenig für Themen wie Sozialpartnerschaft und deren Funktionsweise, die Vertretung von Arbeitnehmenden oder den Austausch und die Schlichtung im Rahmen betrieblicher Mitbestimmung. In einer Weltordnung, die auf einem starken autoritären Staat beruht, findet all das keinen Anklang.

Im Wahlkampf 2022 schwiegen sich beide Bewegungen zu diesen Themen aus. Die anderen Parteien oder Gruppierungen, die zur Wahl antraten, erwähnten diese ebenfalls kaum, bewegen sich jedoch mehr oder weniger im Rahmen der bestehenden Regeln und Institutionen. Das Schweigen der Rechtsextremen bedeutet hingegen etwas anderes. Für den unwahrscheinlichen Fall, dass sie an die Macht kommen, ließe sich noch nicht einmal mit Bestimmtheit sagen, welche Politik sie verfolgen würden. Hinweise geben allerdings ältere Erklärungen, Texte und Gedanken, die nicht im Rahmen der Wahlen veröffentlicht wurden oder aus früheren Wahlkampagnen stammen, sowie Positionen, die sie in anderen Bereichen vertreten und gewissermaßen »durch die Hintertür« ihre Auffassung von sozialer Demokratie definieren. Um diese zu ermitteln, muss man jedoch ein wenig in der Vergangenheit suchen.

RASSEMBLEMENT NATIONAL – NEUER WEIN IN ALTEN SCHLÄUCHEN

Die RN ist nach einer Namensänderung im Jahr 2018 aus der FN hervorgegangen. Diese Umbenennung war der Schlusspunkt einer Entwicklung, in der die extrem rechte Partei sich ein neues Image geben wollte. Die FN entstand ihrerseits 1972 aus der Umwandlung einer Gruppierung namens *Ordre Nouveau* («neue Ordnung»), die wiederum einer langen Reihe nationalistischer Splittergruppen entstammte. Diese waren nach dem Zweiten Weltkrieg aus dem Widerstand gegen

die Entkolonialisierung und aus nostalgischer Verklärung der Kollaborationszeit unter den deutschen Besatzer_innen zwischen 1940 und 1945 hervorgegangen (Igonet 2014).

Der erste Wahlerfolg der FN lässt sich genau datieren: Im September 1983 erhielt die FN nach einem extrem fremdenfeindlichen Wahlkampf 16,7 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang der Teil-Kommunalwahl in Dreux (Normandie). Einige Monate später erhielt die Partei bei den Wahlen zum Europaparlament 10,8 Prozent der Stimmen und der Parteichef Jean-Marie Le Pen erreichte im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 1988 einen Stimmenanteil von 14,4 Prozent.

Im Zusammenhang mit diesen Wahlerfolgen versammelte Le Pen verschiedene rechtsextreme Stimmen um sich und verstärkte deren Einfluss auf die Partei. 1998 fand die parteiinterne Krise ihren Höhepunkt: Der Generalsekretär Bruno Mégret wurde aus dem Amt gedrängt und verließ die Partei zusammen mit einem Großteil der Funktionär_innen. Viele der Parteikader, die Mégret begleitet hatten, kehrten später zurück. Manche jedoch nicht – man findet sie heute im Umfeld von Éric Zemmour.

Die Einstufung der FN ist umstritten: Die einen nennen sie populistisch, die anderen nationalpopulistisch, faschistisch oder neofaschistisch. Seit dreißig Jahren wird in der sozialwissenschaftlichen Literatur darüber debattiert. Und tatsächlich ist die Partei ein komplexes Gebilde: In ihr vermischt sich das Streben, über Wahlen an die Macht zu gelangen (ein Novum in der französischen extremen Rechten), mit der Fähigkeit, die Brutalität des politischen Systems ständig zu steigern, um sich darin Raum zu verschaffen. Schon Jean-Marie Le Pen unterlief die »politische Korrektheit« mit seinen rassistisch und antisemitisch geprägten Ausbrüchen. Doch ist die extreme Rechte durch Gesetze, die Revisionismus und Rassismus unter Strafe stellen, ständig gezwungen, ihre tatsächlichen Vorstellungen zu beschönigen – was ihnen nicht immer gelingt. Nicht nur Jean-Marie Le Pen und Bruno Mégret, sondern jüngst auch Éric Zemmour wurden bereits wegen Anstiftung zum Rassenhass verurteilt. Dies ermöglicht ihnen allerdings auch, sich weitere eindeutige Äußerungen zu sparen und stattdessen mit Andeutungen zu arbeiten (Alduy 2022). Marine Le Pen achtet hingegen sehr darauf, solche Ausrutscher zu vermeiden. Als sie 2011 die Parteiführung der FN übernahm, war dies mit heftigen internen Span-

nungen verbunden, die zu Ausgrenzungen, Parteiaustritten und -ausschlüssen führten. Viele Feinde Le Pens aus der FN finden sich heute im Umfeld von Éric Zemmour wieder.

DER UNAUFHALTSAME AUFSTIEG DES RN

Die FN/RN konnte bei Wahlen bisher stets zulegen. Nach einer Richtungsänderung in der sicherheitspolitischen und autoritären Debatte gegen Ende der 2000er-Jahre wanderten zahlreiche Wähler_innen von der sogenannten klassischen Rechten (*Les Républicains*) zur RN ab, die 2017 ihre größten Erfolge erzielte: Marine Le Pen erreichte im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 21,3 Prozent und damit 7,6 Millionen Wählerstimmen; ihre Partei errang bei den Parlamentswahlen acht Sitze. 2022 ist die Abwanderung von den *Républicains* zur extremen Rechten sogar eine regelrechte Bewegung geworden. Bei den in der Zwischenzeit durchgeführten Kommunal-, Europa-, Regional- und Départementwahlen, die aufgrund der Corona-Pandemie von einer hohen Enthaltungsquote geprägt waren, gingen die Zustimmungswerte der Partei relativ betrachtet allerdings etwas zurück.

Was während des gesamten Aufstiegs der Partei jedoch besonders auffällt, ist die starke Unterstützung der französischen Arbeitnehmer_innen. 2017 erreichte Marine Le Pen in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen ein Ergebnis von insgesamt 21,3 Prozent; bei den Arbeiter_innen waren es jedoch 37 Prozent und bei den Angestellten 32 Prozent. Die Wohnorte dieser Wähler_innen befinden sich zu großen Teilen in den Regionen, die von der Deindustrialisierung Frankreichs besonders hart getroffen wurden: im Norden, Nordosten und Südosten des Landes sowie in Kleinstädten, aus denen sich öffentliche Versorgungseinrichtungen und der Einzelhandel zurückgezogen haben.

Im Mittelmeerraum ist der Wettbewerb mit Éric Zemmour besonders scharf. Die Wählerschaft der FN/RN im Norden ist stärker gesellschaftlich orientiert, während im Süden der Wirtschaftsliberalismus und traditionelle Werte dominieren. In den Umfragen vor der Wahl 2022 steht Zemmour bei Arbeiter_innen und Populist_innen allerdings weit weniger hoch im Kurs. Er spricht eher wohlhabende Schichten an, denen die Töne vom »guten alten Frankreich« gefallen, die der Kandidat anschlägt – nostalgische Erzählungen von einem Frankreich, »in dem es sich gut leben ließ«.

EIN PROGRAMM MIT SOZIALEM ANSTRICH

Seit 2012 hat die FN/RN ihr Programm »nach links« gerückt und eine von Kommentator_innen als »soziale Wende« bezeichnete Veränderung vollzogen. Viel Neues gibt es darin allerdings nicht: Die Partei versucht vor allem, mit der Entwicklung ihrer Wählerschaft Schritt zu halten. Die Ausweitung des politischen Diskurses auf soziale Themen begann bereits vor den 1990er-Jahren. Das Schreckgespenst der Globalisierung ist jedoch mittlerweile an die Stelle des Kom-

munismus getreten und die FN/RN hat auf die starken gesellschaftlichen Spannungen reagiert, die durch ein hohes soziales Konfliktpotenzial zutage traten (Proteste gegen Rentenreformen, Gelbwestenbewegung). Marine Le Pen führt den Diskurs ihres Vaters fort und präsentiert sich seit 2012 als Kandidatin des Volkes gegen die globalisierten Eliten, die aktuell Emmanuel Macron repräsentiert.

Abgesehen von der vergleichsweise gemäßigten Weiterentwicklung des Parteiprogramms versuchte Marine Le Pen zudem, ihr Image zu verändern. Diese Entwicklung wurde als »Entdämonisierung« dargestellt, die in der Öffentlichkeit noch immer bestehende Vorbehalte gegenüber ihren Ansichten abbauen soll. Darauf lässt sich auch die Namensänderung im Juni 2018 zurückführen, die vor allem ein Ziel hatte: Die Partei von den Überresten der alten extremen Rechten zu befreien, die ihr de facto den Zugang zur Macht versperrten. Marine Le Pens Privatleben (sie ist zweimal geschieden) und die Tatsache, dass sie sich nicht an den großen Demonstrationen der Rechten gegen die Ehe für alle beteiligte, zeigen ihre Abkehr vom traditionalistischen katholischen Rand – der im Umfeld von Éric Zemmour sehr präsent ist – und die Orientierung in Richtung einer jüngeren Wählerschaft. Ihre Vertreter_innen vor Ort entsprechen diesem Bild allerdings nicht immer. Nach wie vor kommt es zu zahlreichen Entgleisungen. Die Mandatsträger_innen der RN werden immer wieder wegen rassistischer Äußerungen verurteilt; autoritäre Klientelpolitik und ständige Angriffe auf Verbände und Vereine prägen die Kommunalverwaltung in zahlreichen Städten.

2022 vertritt Marine Le Pen ein soziales Programm, das nicht wirklich zur Geschichte der extremen Rechten passt: Sie verteidigt den Sozialstaat und den öffentlichen Dienst, möchte mehr Pflegekräfte und Lehrpersonal einstellen, die Anzahl der Richterstellen verdoppeln und fordert Gehalts- und Rentensteigerungen. Zudem schlägt sie »die Rente mit 60« vor – eine alte Forderung der Linken und der Gewerkschaften –, allerdings unter gewissen Bedingungen, welche die Zahl der Anspruchsberechtigten verringert (Eintritt ins Arbeitsleben vor dem 20. Lebensjahr und 40 Beitragsjahre). Zudem möchte sie die Mindestrente auf 1.000 Euro anheben, allerdings unter der Voraussetzung einer ununterbrochenen beitragspflichtigen Beschäftigung – kein großer Unterschied zum derzeit unter den gleichen Bedingungen geltenden Rentenbetrag. Mit keinem Wort geht sie hingegen auf besonders schwere Arbeitsbedingungen ein – ein Punkt, auf den die Gewerkschaften bei den Rentenreformen der letzten Jahre stets großen Wert legten.

EINE IN WIRKLICHKEIT SEHR LIBERALE POLITIK

Dieses Programm soll durch Einsparungen bei den Kosten für die Einwanderung und durch niedrigere Beiträge Frankreichs an die Europäische Union finanziert werden.¹ Das

¹ Tatsächlich zeigen viele Studien, dass die Vorteile der Einwanderung deren »Kosten« ausgleichen und manchmal sogar übertreffen.

Steuerprogramm sieht zudem die Senkung der Mehrwertsteuer auf zahlreiche Produktgruppen vor, aber auch eine deutliche Senkung der Schenkungs- und Erbschaftssteuer. In der großen Tradition der extremen Rechten, welche die Einkommensteuer nie akzeptiert hat, sieht das Wahlprogramm der RN darüber hinaus die Abschaffung dieser Steuer für alle Franzosen und Französinen unter 30 vor. Eine sehr merkwürdige Maßnahme in einem »sozialen« Programm.

Tatsächlich ist die Betonung des Sozialen eine Täuschung, denn in Wirklichkeit werden in diesem Programm wirtschaftsliberale Grundsätze vertreten, ergänzt durch Hass auf Ausländer_innen oder Personen, die man für Ausländer_innen hält. Das zentrale Thema und geradezu eine Obsession der Partei ist die sogenannte »*préférence nationale*« (inzwischen »*priorité nationale*«), bei dem ausländische (oder als ausländisch betrachtete) Menschen von allen Sozial- und Familienleistungen ausgeschlossen werden sollen. Dabei geht es sowohl um Arbeitsplätze (»Arbeit in Frankreich für Franzosen und Französinen«) und Wohnraum (Vorrang für Franzosen und Französinen bei der Vergabe von Sozialwohnungen) als auch um die Rückführung aller Personen mit illegalem Aufenthaltsstatus in ihre Herkunftsländer – die Kosten dafür sollen die Herkunftsländer übernehmen (unter Androhung von Vergeltungsmaßnahmen). Ein weiteres Thema ist die innere Sicherheit, selbstverständlich auch im Zusammenhang mit der Einwanderung. Viele dieser Anliegen sind verfassungswidrig, weshalb die RN eine Volksabstimmung über eine Verfassungsänderung durchführen möchte. Die Debatte hat sich somit zwar weiterentwickelt, doch die Theorie von einer Banalisierung des FN/RN hält einer Prüfung kaum stand (Dézé 2015).

Éric Zemmour kann hingegen nur punkten, indem er die Positionen der RN noch überbietet: Daher taucht auch die Erzählung vom *Grand Remplacement* wieder auf, einem alten Hirngespinnst der extremen Rechten, das davon ausgeht, dass die ursprüngliche Bevölkerung Frankreichs nach und nach durch den Zustrom von Migrant_innen, vor allem Muslim_innen, »ersetzt« werden soll. Der Islam wird als eine mit der Republik unvereinbare Religion dargestellt und die Muslim_innen als Personengruppe, die nicht in die Demokratie eingegliedert werden könne.

DER GESELLSCHAFTLICHE DIALOG UND DIE GEWERKSCHAFTEN IM POLITISCHEN DENKEN DER RN

Arbeitnehmergewerkschaften hemmen die Entwicklung rechtsextremer Ideen: Bei den Präsidentschaftswahlen 2017 schnitt die FN unter Gewerkschaftsanhänger_innen nur halb so gut ab wie unter allen Arbeitnehmer_innen: 13 Prozent der Gewerkschaftsanhänger_innen gegenüber insgesamt 26 Prozent. Die RN sieht die französischen Gewerkschaften, vor allem die beiden größten, CGT und CFDT, daher als Hindernis und verfeindete Gruppen – und liegt damit nicht falsch.

Gegen Ende der 1990er-Jahre versuchte die FN, in Branchen, die für ihre Ideen empfänglich sind, Gewerkschaften mit

hohem Wiedererkennungswert aufzubauen: die *FN (force nationale) Police* (Polizei), *FN pénitentiaire* (Strafvollzug) und *FN transports* (Transportwesen). Damit kam sie jedoch nicht weit. Die anderen Gewerkschaften gingen gerichtlich gegen die FN vor und gewannen jeden einzelnen Fall, da die Propaganda dieser »Gewerkschaften« sich auf die als verfassungswidrig eingestufte »*préférence nationale*« stützte. Daraufhin wurden diese Versuche eingestellt und die FN verlegte sich darauf, Gewerkschaftsmitglieder in die Partei aufzunehmen (Andolfatto / Choffat 2015).

Dieses begrenzte Phänomen machte sich vor allem bei den Kommunalwahlen bemerkbar, insbesondere 2014, als die FN ein Dutzend mittelgroßer Städte im Norden, Osten und Süden Frankreichs eroberte. In einigen dieser Städte kandidierten Gewerkschaftsmitglieder für die FN. Besonders bekannt ist Hayange (Moselle). Dort wurde 2014 ein ehemaliger Aktivist der Gewerkschaft CGT zum Bürgermeister gewählt und sofort von der Gewerkschaft ausgeschlossen, obwohl seine Basisgewerkschaft, deren Vorsitzender er bis dahin war, ihn unterstützte. Die meisten Gewerkschaften schließen Mitglieder, die für die RN kandidieren, rigoros aus. Daher gibt es bis jetzt nur wenige »Überläufer« von den Gewerkschaften zur RN. Die RN nimmt sie zwar sehr gerne auf und organisiert sie in einem recht gespenstischen *Cercle National de Défense des Travailleurs Syndiqués* (CNDTS, dt. etwa »Nationaler Zirkel zur Verteidigung der in Gewerkschaften organisierten Arbeiter_innen«), stellt sie jedoch nicht ins Zentrum einer Strategie zur Steigerung der Präsenz in der Arbeitswelt.

Aus den wenigen Aussagen der RN zu diesem Thema scheinen sich zwei Gedankengänge herauszukristallisieren: Einerseits befürwortet man die Aufhebung des Gesetzes von 2008, mit dem die Anerkennung der Tariffähigkeit von Gewerkschaften reformiert wurde, andererseits die Neuordnung der Berufszweige im Rahmen einer Neuausrichtung des »strategischen Staates« in der Version der RN.

Die Reform von 2008 etablierte eine neue Methode zur Bestätigung der Tariffähigkeit von Gewerkschaften. Davor hatte der Staat darüber entschieden. Seitdem beruht sie auf sieben Kriterien, von denen zwei der RN Probleme bereiten. Das erste Kriterium ist die »*audience*«, also die Reichweite, die einem einfachen Konzept folgt: Man muss bei Wahlen in einem Betrieb eine Mindestanzahl von Stimmen erhalten haben, um zur Verhandlung im Namen der Beschäftigten zugelassen zu werden. Dieser Mindestwert liegt derzeit branchenübergreifend bei acht Prozent und innerhalb der Branchen und Unternehmen bei zehn Prozent. Die RN will diese Schwellenwerte auf drei bzw. ein Prozent absenken, um eine Öffnung (»Befreiung«) der Tariffähigkeit zu erreichen. Ein eigenartiger Vorschlag, da nicht nachvollziehbar ist, wie die Verhandlungsfähigkeit der Gewerkschaften gesteigert werden kann, wenn die Teilnahme an Tarifverhandlungen auf Gewerkschaften ausgedehnt wird, die nur drei Prozent der Beschäftigten vertreten? Ein weiteres, für die RN störendes Kriterium, auf das dort allerdings nicht besonders eingegangen wird, ist die Pflicht zur »Achtung der Werte der Republik«. Diese Bedingung, die noch vor dem Gesetz von 2008 in die Rechtsprechung eingeführt wurde, hatte Ende

der 1990er-Jahre das Verbot der FN-Gewerkschaften ermöglicht. Noch heute hindert diese Bestimmung »befreite« Gewerkschaften daran, in den Betrieben ausländerfeindliche Kampagnen zu entwickeln. Tatsächlich ist es vor allem dieses Kriterium, das aus Sicht der extremen Rechten »die Welt der Gewerkschaften verschließt«.

Der zweite Gedankengang folgt einer bestimmten Vorstellung vom »strategischen Staat«: Der strategische Staat ist ein Sammelbegriff, der für einige einen zurückhaltenden Staat bedeutet, der durch eine unauffällige Politik gewisse Richtungsvorgaben macht, für andere jedoch einen unternehmerischen Staat, der die Wirtschaft nach seinen Prioritäten ausrichtet. Die FN/RN hat seine Sichtweise von der ersten Vorstellung (in den 1980er-Jahren) zur letzteren Vorstellung eines sehr unternehmerisch agierenden Staates im Dienste der »*priorité nationale*« und einer möglichst autarken Wirtschaftspolitik verschoben (seit den 2000er-Jahren). Ein solcher Staat ist auf eine starke Integration des »Volkskörpers« angewiesen, weshalb die RN eine Umstrukturierung und Konzentration der Berufszweige unter der mehrdeutigen Bezeichnung »Berufsorganisationen« vorschlägt.

Jean-Marie Le Pen definierte sie in seinem Wahlprogramm 2002 so: »Die verschiedenen Vertretungen der Arbeitnehmer_innen, der Führungskräfte und der Unternehmer_innen müssen dazu gebracht werden, miteinander zu reden und gemeinsam eine Politik der beruflichen Bildung und des sozialen Schutzes innerhalb großer, wirklich paritätischer Berufsverbände aufzubauen, d. h. in denen Arbeitnehmer_innen und Unternehmer_innen das gleiche Gewicht haben.« 2012 werden im Wahlprogramm von Marine Le Pen »repräsentativere Gewerkschaften« gefordert, »die sich stärker für die Verteidigung der Arbeitnehmer_innen einsetzen. Sie werden eher in der Lage sein, sich auf eine konstruktive Verständigung einzulassen, und weniger versuchen, auf Machtmittel wie Streiks oder Demonstrationen zurückzugreifen.« Das Programm ist nicht sehr präzise, aber einige der verwendeten Begriffe (»paritätische Vertretungen«, »konstruktive Verständigung«) erinnern sehr an das berufsständische Prinzip, das in Frankreich in den 1930er-Jahren und bei der Ausarbeitung der *Charte du Travail* debattiert wurde.² Dabei geht es nicht darum, die Zeit zurückzudrehen; eine obligatorische gewerkschaftliche Organisation wie in der *Charte du Travail* von 1941 ist nicht vorgesehen. Der Bezug ist noch viel älter und entspricht eher den paternalistischen katholischen Sozialreformen von René de la Tour du Pin oder Albert de Mun, also dem Denken der reaktionären Ständeordnung des 19. Jahrhunderts, das die Französische Revolution und die Aufklärer der »*Lumières*« bekämpfte.

Die Ständeordnung vereint das autoritäre Prinzip und das Leugnen der für eine Industriegesellschaft typischen Konflikte, und sie steht im Mittelpunkt der politischen Ideen der RN: In einem starken Staat müssen sich die Wirtschaftskräfte dessen Strategie unterordnen. In einem solchen Programm haben Autonomie, Tarifverhandlungen, Vertragsfreiheit, Konflikte und Streiks keinen Platz, auch wenn die extreme

Rechte zu vorübergehenden Kompromissen bereit ist. So sah man Marine Le Pen im April 2017 bei einem Streikposten am Eingang eines Standorts der Firma Whirlpool in Amiens, obwohl das Programm der FN sich ausdrücklich für eine »Freiheit der Arbeit« und ein Verbot von Streikposten aussprach. Éric Zemmour äußert sich ähnlich: So sagte er im Februar 2022 bei einer Kundgebung in Lille: »Angesichts des irrsinnigen Klassenkampfes [...] werde ich der Präsident sein, der die Klassen versöhnt. Ein Präsident, der Unternehmer_innen und Arbeitnehmer_innen vereint.«

Betrachtet man, was gesagt und was verschwiegen wird, dann haben Arbeitnehmer_innen von der RN nichts Gutes zu erwarten. Die Vorstellung einer »Banalisierung« des *Rassemblement National* ist ein gefährlicher Trugschluss.

LITERATURVERZEICHNIS

- Alduy, Cécile** (2022): *Le langage de Zemmour*, Paris, Seuil, coll. Libelle.
- Andolfatto, Dominique / Choffat, Thierry** (2015): »Les Front national et les syndicats : une stratégie d'entrisme ?«, in: Crépon, Sylvain / Dézé, Alexandre / Mayer, Nonna: *Les faux semblants du Front national*, Paris, Presses de Sciences Po.
- Crépon, Sylvain / Dézé, Alexandre / Mayer Nonna** (2015): *Les faux semblants du Front national*, Paris, Presses de Sciences Po.
- Gougou, Florent** (2015): »Les ouvriers qui votent FN«, in: Crépon, Sylvain / Dézé, Alexandre / Mayer, Nonna: *Les faux semblants du Front national*, Paris, Presses de Sciences Po.
- Igounet, Valérie** (2015): *Le Front national*, Paris, Seuil.
- Le Bras, Hervé / Fourquet, Jérôme** (2017): *Le Puzzle français, un nouveau partage politique*, Fondation Jean Jaurès, <https://www.jean-jaures.org/publication/le-puzzle-francais-un-nouveau-partage-politique/>.
- Mayer Nonna** (1999): *Ces français qui votent FN*, Paris, Flammarion.
- Mayer Nonna** (2015): »Le plafond de verre électoral entamé mais pas brisé«, in: Crépon, Sylvain / Dézé, Alexandre / Mayer, Nonna: *Les faux semblants du Front national*, Paris, Presses de Sciences Po.
- Mauger, Gérard / Pelletier, Willy** (Hrsg.) (2017): *Les classes populaires et le FN. Explications de vote*, Vulaines sur Seine, Éditions du Croquant, coll. Savoir/Agir.

² Die »Arbeitscharta« galt von 1941 bis 1944 unter dem Vichy-Regime.

Weitere Publikationen des Pariser Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung:

Schreiber, Benjamin

Gewerkschaftsmonitor Frankreich

Paris, April 2022

Matonti, Frédérique

Der Verfall der politischen Medienberichterstattung

(Frankreich vor den Wahlen 2022)

Paris, März 2022

Persico, Simon

Klima- und Umweltschutz

(Frankreich vor den Wahlen 2022)

Paris, März 2022

Poulain, Sébastien

Kein Programm links von der Mitte

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk in Frankreich

Paris/Bonn, März 2022

Delaporte, Arthur

Die Erneuerung der französischen sozialistischen Partei

Interne Demokratie und Mobilisierung der Aktivist_innen

Paris, März 2022

Lebourg, Nicolas

In Ablehnung vereint?

Rechte Parteien in Frankreich und ihr

Blick auf die Europäische Union

(Frankreich vor den Wahlen 2022)

Paris, März 2022

Tiberj, Vincent

Rechtswende in Frankreich

Gibt es sie wirklich?

(Frankreich vor den Wahlen 2022)

Paris, Februar 2022

Peltier, Jérémie

Müde Gesellschaft

Ein psychisches und politisches Porträt

(Frankreich vor den Wahlen 2022)

Paris, Februar 2022

Lefebvre, Maxime

Europäische Souveränität: Kommentar zu den Ergebnissen der Umfrage in Frankreich

Berlin, 2022

Europäische Souveränität

Analysen zu einer Umfrage

Paris, Juli 2021

Andolfatto, Dominique

Gewerkschaften und sozialer Dialog

Frankreichs Erfahrungen während der Pandemie

Paris, Juni 2021

Maaß, Gero

Rolle vorwärts nach Corona

Können die europäischen Wiederaufbauprogramme in eine Fortschrittskultur münden?

Paris, 2021

Kollektiv OPD2020

Deliberative Demokratie und Ökologie

Eine Bestandsaufnahme des französischen

Bürger_innenkonvents zum Klimaschutz

Paris, April 2021

Schreiber, Benjamin

Gewerkschaftsmonitor Frankreich

Paris, März 2021

Caroline Roussy

Frankreich im Sahel

Warten auf die Europäische Union?

Paris, März 2021

Nicolas Leron

Regionale Ungleichheit in Frankreich

Debatten und politische Empfehlungen

Paris, Januar 2021

ÜBER DIE AUTOREN

Samuel Greef ist Politikwissenschaftler und Forschungsmitarbeiter an der Universität Kassel.

Alain Olive ist ehemaliger Generalsekretär der UNSA und Mitglied des Observatoire für sozialen Dialog der Jean-Jaurès-Stiftung.

Jean-Marie Pernot ist Politikwissenschaftler und Forscher am IRES.

Johan Sjölander ist Direktor von Tankesmedjan Tiden.

Emanuele Toscano ist Professor für Soziologie an der Universität »Guglielmo Marconi« in Rom und assoziiertes Mitglied des CADIS (EHESS-CNRS).

Diese Publikation ist das Ergebnis einer Kooperation mit der Jean Jaurès-Stiftung. Die französische Fassung wurde gemeinsam unter dem Titel »L'extrême droite européenne contre les travailleurs« veröffentlicht.

Das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Frankreich wurde 1985 in Paris eröffnet. Seine Tätigkeit zielt darauf ab, unterhalb der Ebene des Austauschs und der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen Deutschlands und Frankreichs eine Vermittlerfunktion im deutsch-französischen Verhältnis zu erfüllen. Dabei steht im Mittelpunkt, Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung sowie Akteuren der Zivilgesellschaft Gelegenheit zu geben, sich zu Themen von beiderseitigem Belang auszutauschen und die Probleme und Herausforderungen, die die jeweils andere Seite zu bewältigen hat, kennenzulernen. Deutsche und französische Partner der FES können dadurch zu gemeinsamen Positionen insbesondere zur europäischen Integration gelangen und bei der Formulierung von Lösungen für die jeweils eigenen Probleme auf vorhandene Kenntnisse und Erfahrungen des Nachbarlandes zurückgreifen. Langjährige Veranstaltungsreihen sind die Deutsch-französischen Strategiegespräche (»Cercle stratégique«) über aktuelle außen- und sicherheitspolitischen Themen, Jahreskonferenzen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen (»Deutsch-Französischer Wirtschaftsdialog«) und das Deutsch-französische Gewerkschaftsforum.

IMPRESSUM

Friedrich-Ebert-Stiftung Paris
41 bis, bd. de la Tour-Maubourg | 75007 Paris | France

www.fesparis.org

Kontakt:

fes@fesparis.org

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfszwecke verwendet werden.